

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg

Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus
und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2019.

Günter Bressau/Wolfgang Antes (Hg).

Impressum

Demokratiezentrum Baden-Württemberg
Landeskoordinierungsstelle
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstr. 23
74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42 / 83 17-47
Fax: 0 70 42 / 83 17-40
E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de

Konzeption: Wolfgang Antes
Redaktion und Umsetzung: Günter Bressau
Lektorat: Marcus Fuchs
Design: Oliver Müller – Visuelle Kommunikation

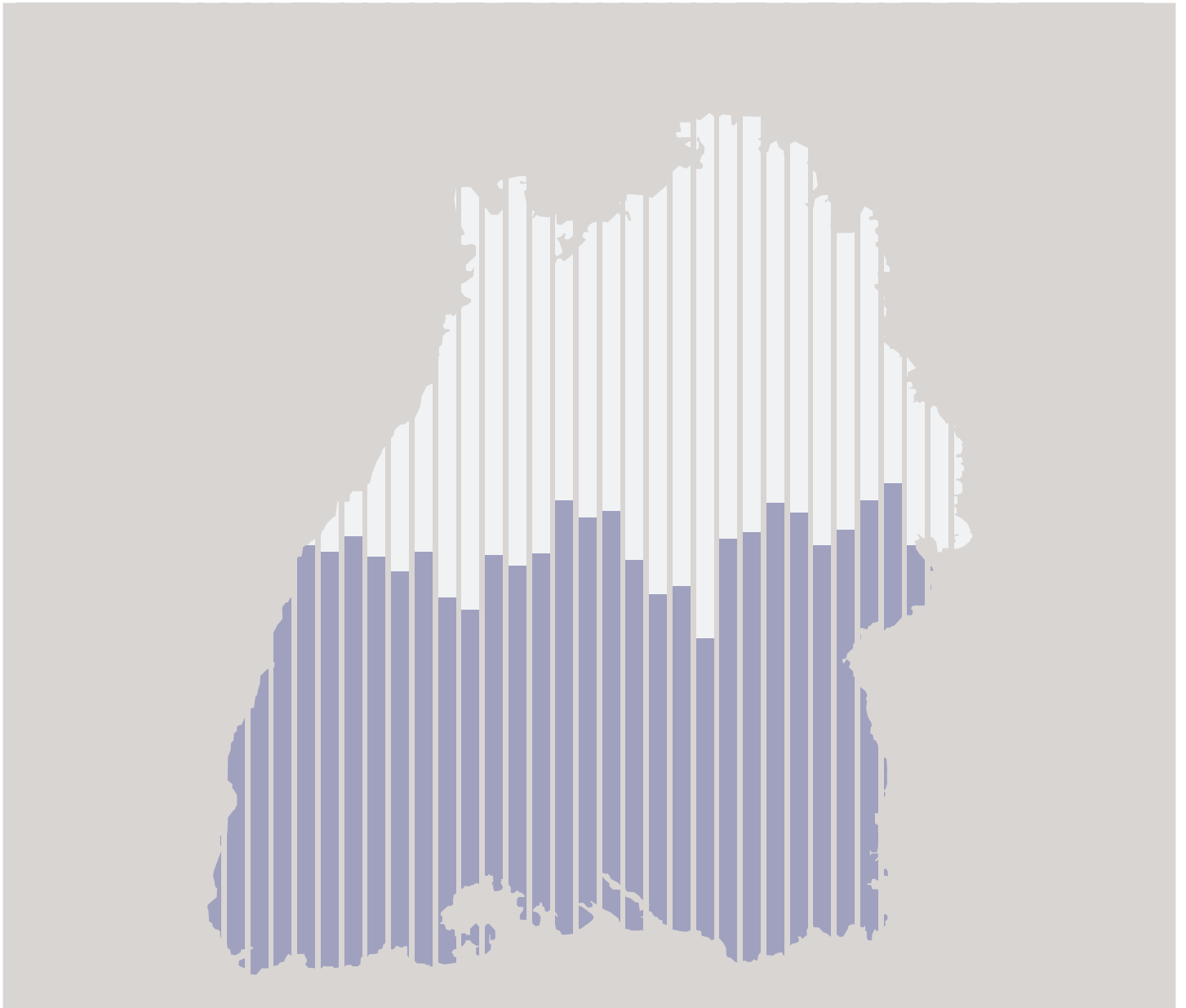
Bildnachweis: Demokratiezentrum Baden-Württemberg; ydontu (S. 1 und 9).



Die Redaktion und Herausgeber bedanken sich bei allen Rechercheuren und Rechercheurinnen für ihre zuverlässige Unterstützung.



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2019





Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 01. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 01.01.2019, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Korb kam es am 01. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 01.01.2019, Korb
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 02. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.





-  DATEN 02.01.2019, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Busfahrer schlägt Fahrgast krankenhaureif

Am Abend des 3. Januar verwies ein 48-jähriger Busfahrer im Burgstettener Ortsteil Erbstetten einen 24-jährigen Nigerianer, der mit einer Pizza einsteigen wollte, aus dem Bus. Zeugen beobachteten daraufhin, dass der Fahrer mit seinen Fäusten auf den 24-Jährigen einschlug und, als dieser zu Boden ging, auf ihn eintrat. Der Nigerianer wurde dabei so schwer verletzt, dass er in ein Krankenhaus gebracht wurde.



Warum der Busfahrer auf den Fahrgast einschlug, war zunächst nicht bekannt. Gegenüber der Presse äußerte ein Mitarbeiter des Busunternehmens später, der 24-Jährige habe keine Fahrkarte vorgezeigt und den Fahrer beleidigt. Auch sei er als Erster hand-

greiflich geworden. Das Bündnis Zusammen gegen Rechts Rems-Murr schloss hingegen rassistische Motive nicht aus und forderte in einem offenen Brief eine Stellungnahme des Busunternehmens zum Verhalten des Fahrers. Außerdem verlangte das Bündnis dessen Versetzung in den Innendienst und eine öffentliche Entschuldigung. Der 24-Jährige habe jetzt Angst, mit dem Bus zu fahren, um zur Arbeit zu kommen.

-  DATEN 04.01.2019, Burgstetten (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 04.10.2019
-  QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.burgstetten-busfahrer-verpruegelt-fahrgast-wegen-pizza.9e014eea-c41e-4e10-a026-e9beb139bd7c.html>
-  DATEN 31.01.2019, Burgstetten (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 04.10.2019
-  QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.busfahrer-verpruegelt-fahrgast-war-rassismus-das-motiv.6719ba75-61c1-4db7-b7b5-94a822466c1b.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Villingen-Schwenningen kam es am 07. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

-  DATEN 07.01.2019, Villingen-Schwenningen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>


Gerichtsverhandlung wegen Facebook-Post

Ein 22-jähriger Mann musste sich am 07. Januar vor dem Amtsgericht Offenburg verantworten, weil er zu einem Bericht über den Mord an einer 15-Jährigen in Kandel auf Facebook den Kommentar „Sofort Kopfschuss – ich zahl’ die Kugel auch!“ eingestellt hatte. Die Redaktion des Rundfunksenders, die den Bericht geteilt hatte, erstattete wegen des Kommentars Anzeige. Von der Staatsanwaltschaft wurde der Post des 22-Jährigen als Aufforderung zu einem „Akt der Selbstjustiz“ bewertet.

Der Angeklagte gab an, nach „ein paar Schorle“ in einer Kneipe, den Bericht gelesen und den Kommentar danach „aus Wut“ über den Mord eingestellt zu haben. Dass der Täter ein Asylsuchender war und welche Auswirkungen sein Kommentar haben könnte, sei ihm zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst gewesen. Er habe den Beitrag auch kurze Zeit später wieder gelöscht. Seine Verteidigerin wertete den Kommentar ebenfalls als „eine wirklich dumme spontane Äußerung“. Ihr Mandant habe auch nicht gedacht, „dass


da jemand losläuft und schießt“. Das Verfahren gegen den 22-jährigen Offenburger wurde daraufhin mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft eingestellt, die Richterin bezeichnete den Post als „Kurzschlussreaktion“.


 **DATEN** 08.01.2019, Offenburg (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 26.03.2019

 **QUELLE** Baden Online
<https://www.bo.de/lokales/offenburg/22-jaehriger-nach-kopfschuss-post-vor-gericht>

Nazi-Schriftzüge und -Symbole an Sigmaringer Brücke

Unbekannte haben, vermutlich am 30. Dezember 2018, eine Mauer und den Fußgängerweg unter der Sigmaringer Nepomukbrücke mit einem Hakenkreuz, dem Schriftzug „Hitler“ und anderen Graffiti besprüht. Durch die Schmierereien entstand ein Schaden von 500 Euro, die Stadtverwaltung hat Anzeige bei der Polizei erstattet.


 **DATEN** 08.01.2019, Sigmaringen, Internetaufruf: 26.03.2019

 **QUELLE** Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-sigmaringen/sigmaringen_artikel,-unbekannte-beschmieren-nepomukbruecke-und-fu%C3%9Fweg-mit-nazi-schriftzuegen-und-symbolen-_arid,10990015.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lörrach kam es am 08. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

 **DATEN** 08.01.2019, Lörrach

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Geldstrafe wegen Volksverhetzung


Das Amtsgericht Oberkirch hat einen Mann aus Renchen zu einer Geldstrafe von 720 Euro wegen Volksverhetzung verurteilt.


Am 18. März 2018 hatte der Angeklagte auf Facebook einen Bericht der Stuttgarter Zeitung über einen Brand in einer Kornwestheimer Flüchtlingsunterkunft damit kommentiert, dass er „noch mehr Benzin gebracht“ hätte, wenn er früher davon gelesen hätte. Gegen einen daraufhin ergangenen Strafbefehl über 2.700 Euro hat der Mann Einspruch eingelegt.

In der Verhandlung gab der Angeklagte an, keine Erinnerung an den Vorfall zu haben, er habe sich in einer schweren Alkoholphase befunden und „rund um die Uhr getrunken“. Eine solche Aussage habe er nicht treffen wollen, er sei auch noch nie wegen etwas Ähnlichem in Erscheinung getreten. Der Vertreter der

Staatsanwaltschaft wollte allein eine Alkoholisierung als Entschuldigung für die Tat nicht gelten lassen. Der Angeklagte habe nach eigenen Angaben ein Ventil gesucht und den Kommentar auch fehlerfrei verfasst. Ein Polizeibeamter, der den Mann nach der Anzeige angerufen hatte, bestätigte, dass dieser weder einen alkoholisierten Eindruck erweckt noch Reue gezeigt habe. Er habe sich sogar darüber echauffert, dass dem Kommentar solche Bedeutung beigemessen werde.

Da der nicht vorbestrafte Angeklagte seine Schuld eingestanden hat und von Harz IV lebt, wurde die Geldstrafe auf 720 Euro reduziert.


 **DATEN** 09.01.2019, Oberkirch (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 26.03.2019

 **QUELLE** Baden Online
<https://www.bo.de/lokales/achern-oberkirch/amtsgericht-verurteilt-renchener-wegen-volksverhetzung>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Baden-Baden kam es am 10. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.


 **DATEN** 10.01.2019, Baden-Baden

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Säckingen kam es am 10. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.


 **DATEN** 10.01.2019, Bad Säckingen

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten


In Mannheim kam es am 13. Januar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.


 **DATEN** 13.01.2019, Mannheim

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Büros von Grünen und SPD in Ulm beschmiert

Das Bürgerbüro einer SPD-Bundestagsabgeordneten und das Parteibüro der Grünen in Ulm sind am Wochenende des 12. und 13. Januar beschmiert und mit rechtspopulistischen Plakaten beklebt worden. Die Plakate trugen das Logo der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“. Sachschaden ist bei der Aktion nicht entstanden, Schmierereien und Plakate konnten wieder entfernt werden. Die Staatschutzabteilung der Ulmer Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen.


 DATEN 14.01.2019, Ulm, Internetaufruf: 26.03.2019


 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ulm_artikel,-wahlkreisbueros-von-hilde-mattheis-und-gruene-beschmiert-suche-nach-taetern-laeuft-_arid,10992554.html

Folgemeldung zu „Büros von Grünen und SPD in Ulm beschmiert“ vom 14.01.2019

Am 14. Januar wurden bundesweit Parteibüros und Redaktionsräume von Sendern und Zeitungen mit Plakaten gegen linke Gewalt beklebt, auf denen auch das Logo der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ aufgedruckt war. Die Aktion richtete sich z. B. gegen die SPD-Bundeszentrale in Berlin und gegen Medienredaktionen wie das ARD-Hauptstadtstudio, das Redaktionsgebäude der „tageszeitung“ (taz) oder die „Frankfurter Rundschau“, bei der die Polizei das Anbringen der Plakate allerdings verhindern konnte. Auch an die Geschäftsstelle des Schwarzwälder Boten in Rottweil waren die Plakate der Rechtsextremen geklebt worden.

Der Staatsschutz hat Ermittlungen wegen Hausfriedensbruch aufgenommen. Im Verdacht, für die Aktion verantwortlich zu sein, stehen zwei 24 und 27 Jahre alte Männer und eine 31-jährige Frau, die laut Berliner Polizei einer „bekannten Bewegung“ angehören. Laut dem Schwarzwälder Boten berichtete die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung“ selbst auf Twitter von einer bundesweiten Aktion „gegen linke Gewalt vor sämtlichen Parteibüros und Medienhäusern“. Auch das Wahlkreisbüro von Claudia Roth (Die Grünen) in Augsburg und ein Parteibüro der Linken in Lüneburg sowie Einrichtungen in Duisburg, Köln und Dortmund seien Ziele der Attacke gewesen.


 DATEN 15.01.2019, Rottweil und Gesamte Bundesrepublik, Internetaufruf: 30.09.2019


 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.berlin-rottweil-parteien-und-medien-im-visier-der-identitaeren.0814f5db-2351-4bcf-96a3-7b5953921628.html>

Folgemeldung zu „Büros von Grünen und SPD in Ulm beschmiert“ vom 14.01.2019

Nach dem Bekenntnis der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ zu den bundesweit an Parteibüros und Mediengebäuden

angeklebten Plakaten hat die Polizei die Ermittlungen zu den Vorfällen in Ulm eingestellt. Wie es hieß, gab es bei den Plakaten und Schmierereien am Parteibüro der Grünen und dem Bürgerbüro einer SPD-Bundestagsabgeordneten keine Hinweise auf strafbare Inhalte.


 DATEN 16.01.2019, Ulm, Internetaufruf: 30.09.2019


 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/Rechtsextreme-Schmierereien-Ulmer-SPD-Abgeordnete-Mattheis-betroffen,schmierereien-spd-buero-mattheis-100.html>

Mann aus Tansania wurde geschlagen und beraubt

Ein 36-Jahre alter Tansanier wurde am 12. Januar in einer Straßenbahn auf der Fahrt zwischen Viernheim und Weinheim von zwei Männern und einer Frau wegen seiner dunklen Hautfarbe beleidigt. Als er aussteigen wollte, habe ihm einer der Täter von hinten auf den Kopf geschlagen. Während einer der Männer dann weiter auf das zu Boden gegangene Opfer einschlug, habe der andere ihm sein Handy aus der Hand gerissen, berichtete die Polizei. Als das Trio flüchtete und der 36-Jährige den Täter, der sein Handy gestohlen hatte, verfolgen wollte, wurde er von dem andern Mann in ein Gebüsch gestoßen. Anschließend schlugen beide Männer erneut auf ihn ein und setzten dann ihre Flucht fort. Der verletzte Tansanier ging nach der Attacke in ein Krankenhaus, um sich behandeln zu lassen.

Das Kriminalkommissariat Mannheim hat die Ermittlungen übernommen und Zeugen gebeten, sich zu melden.

 DATEN 15.01.2019, Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 30.09.2019


 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/bergstrasse_artikel,-weinheim-wurde-36-jaehriger-opfer-eines-rassistischen-angriffs-_arid,413613.html

Polizei-Razzia bei Ku-Klux-Klan

In acht Bundesländern hat die Polizei am 16. Januar die Wohnungen von 17 Personen durchsucht, die eine kriminelle Vereinigung unter dem Namen „National Socialist Knights of the Ku-Klux-Klan Deutschland“ gebildet und eine „Glorifizierung des Nationalsozialismus“ betrieben haben sollen. Die Beschuldigten sind 17 bis 59 Jahre alt und sollen über das Internet rekrutiert worden sein, insgesamt sollen der Gruppierung 40 Mitglieder angehören. An der Aktion waren bundesweit 200 Polizisten beteiligt, sie stellten über 100 Waffen, wie Schwerter, Macheten, Messer, Wurfsterne und Teleskopschlagstöcke, sicher.

In Baden-Württemberg wurden zwei Gebäude in Rastatt und eines im Rems-Murr-Kreis durchsucht. Das Landeskriminalamt ging

davon aus, dass zumindest Teile der Gruppierung gewaltbereit sind, geplant haben sich zu bewaffnen und Gewaltfantasien hegen.

 DATEN 17.01.2019, Rastatt und Rems-Murr-Kreis,
Internetaufruf: 26.03.2019


 QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/1744985/>

IS-Propagandist vor Gericht

Gegen einen 34-jährigen Deutsch-Algerier begann am 17. Januar ein Prozess vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, weil er für den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) geworben haben und zu Spenden für die Gruppierung aufgerufen haben soll.¹ Laut Bundesstaatsanwaltschaft hat der Mann Videos der Terrororganisation, die mitunter grausame Enthauptungen enthielten, mit deutschen Untertiteln versehen und in den sozialen Medien geteilt. Dort habe er auch dazu aufgerufen, auszureisen und sich der Terrormiliz anzuschließen. Von 2015 bis 2017 soll er außerdem für vier Islamisten in Syrien und dem Irak E-Mail-Adressen eingerichtet und Profile für soziale Medien und Nachrichtendienste erstellt haben. Der 34-Jährige wurde im März 2018 festgenommen und saß seitdem in Untersuchungshaft. Gewohnt hatte er bis dahin in Heilbronn.

Gleich zu Beginn wurde die auf 27 Prozesstage angesetzte Verhandlung unterbrochen. Der Pflichtverteidiger hatte aufgrund des Prozessumfangs beantragt, zwei zusätzliche Richter und zwei zusätzliche Pflichtverteidiger zu berufen. Die Wahlanwältin des Angeklagten bemängelte außerdem, ihr Mandant habe sich bei einem Umfang der Ermittlungsakte von 45.000 Seiten nicht ausreichend auf den Prozess vorbereiten können.


 DATEN 17.01.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 01.10.2019


 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-IS-Propaganda-Ist-ein-Deutsch-Algerier-ein-Botschafter-fuer-den-Terror-_arid,1273617.html

Angriff auf Linkes Zentrum in Mannheim

Rund zehn Personen haben die Eröffnung eines Linken Zentrums am 19. Januar in der Mannheimer Neckarstadt gestört. Ein 21-jähriger Besucher des Zentrums wurde durch den Einsatz von Pfefferspray aus der Gruppe der Störer verletzt, die bei ihrer Aktion auch ein bengalisches Feuer entzündet haben. Beim Eintreffen der Polizei floh die Gruppe, neun Jugendliche und Heranwachsende konnten aber bei einer anschließenden Fahndung kontrolliert und mit Platzverweisen belegt werden. Bei den Kontrollen wurden zwei Pfeffersprays beschlagnahmt und sogenannte „Passivbewaffnung“

gefunden. Die Beamten haben Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz eingeleitet.


 DATEN 20.01.2019, Mannheim, Internetaufruf: 01.10.2019

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim_artikel,-ewwe-longts-linkes-zentrum-mannheim-mutmassliche-rechtsextremisten-greifen-linke-an-_arid,414783.html

AfD-Abgeordneter trennt sich von Mitarbeiter, dem Anstiftung zu einem Brandanschlag vorgeworfen wird

Ein Böblinger AfD-Bundestagsabgeordneter hat sich von seinem engen Berater getrennt, nachdem mehrere Medien über Vorwürfe berichtet haben, nach denen dieser einen Brandanschlag beauftragt und finanziert haben soll. Ziel des Anschlags soll ein Gebäude einer ungarischen Minderheit in der Ukraine gewesen sein. Einer der Brandstifter, gegen die vor einem Gericht in Polen verhandelt wurde, hatte den Berater als Drahtzieher des Brandanschlags belastet. Der Mann selbst bestritt laut dem ARD-Politmagazin „Kontraste“ die Anschuldigungen. Der AfD-Abgeordnete hat sich zu den Vorwürfen gegen seinen ehemaligen Berater nicht geäußert, dieser solle ihm aber selbst einen Auflösungsvertrag für das Beschäftigungsverhältnis angeboten haben.

 DATEN 21.01.2019, Böblingen, Internetaufruf: 02.10.2019

 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/Boeblingen-AfDAbgeordneter-Frohnmaier-trennt-sich-von-Mitarbeiter,meldung-23962.html>

„Reichsbürger“ widersetzt sich Verkehrskontrolle

Am 21. Januar wollte die Polizei einen 53-jährigen Autofahrer im Stuttgarter Stadtteil Bad Cannstatt wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung von 21 km/h kontrollieren. Der Mann, der laut Polizei den sogenannten „Reichsbürgern“ zuzuordnen ist, verweigerte den Beamten aber die Aushändigung seiner Personalpapiere und Fahrzeugdokumente, weil diese dazu nicht berechtigt seien. Die Polizisten holten daraufhin eine richterliche Anordnung für die Durchsuchung des Mannes und seines Fahrzeugs nach den Dokumenten ein. Als dieser weiterhin die Öffnung der Türe verweigerte, schlugen die Beamten ein Fenster des Autos ein und nahmen ihn vorläufig fest. Bei der anschließenden Durchsuchung des Fahrzeugs wurden ein

1 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 145.

Einhandmesser und ein Reizstoffsprüngerät gefunden und beschlagnahmt.

DATEN 22.01.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 02.10.2019
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.verkehrskontrolle-in-bad-cannstatt-reichsbuerger-weigert-sich-papiere-zu-zeigen.f87c642f-e07f-4d33-8e0b-2a02a7d9321b.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 23. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 23.01.2019, Reutlingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Rastatt kam es am 24. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 24.01.2019, Rastatt
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Renchen kam es am 24. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 24.01.2019, Renchen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Singen kam es am 24. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 24.01.2019, Singen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Nußloch kam es am 25. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gewaltdarstellung §131 StGB.

DATEN 25.01.2019, Nußloch
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ravensburg kam es am 26. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 26.01.2019, Ravensburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Blaubeuren fand am 26. Januar ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt, organisiert durch die rechtsextreme Partei „Der III. Weg“. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Wegbereiter“ auf.

DATEN 26.01.2019, Blaubeuren
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>


Musikveranstaltungen der extremen Rechten


Im Raum Karlsruhe fand am 26. Januar ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt, organisiert durch die rechtsextreme Partei „Die Rechte“. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Aria“ und „Fregeos“ auf.

DATEN 26.01.2019, Raum Karlsruhe
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>

Geldstrafe für Facebook-Hetzer

Ein 50-jähriger Hartz-IV-Empfänger musste sich vor dem Göppinger Amtsgericht verantworten, weil der auf Facebook unter anderem über „Drecksmuslime“ gepostet hatte, dass diese doch „sauber in die Kammer“ geschickt werden sollten. Die Anzeige eines anderen Facebook-Nutzers brachte ihm daraufhin einen Strafbefehl über 1.800 Euro ein, gegen den der arbeitslose Heizungsinstallateur Widerspruch eingelegt hat. Bei der deshalb anberaumten Gerichtsverhandlung versuchte der Mann zu erklären, dass doch alles nicht so gemeint gewesen sei und er Blödsinn geschrieben habe, weil er betrunken gewesen sei. Die Amtsrichterin machte ihm aber klar, dass mehrere seiner Äußerungen auf Facebook den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt haben und im Falle eines Urteils neben einer Geldstrafe auch die Verfahrenskosten auf ihn zukommen könnten. Der Mann akzeptierte daraufhin den Strafbefehl, gab aber an, er sei ohne eigenen festen Wohnsitz und mittellos. Wie er die 1.800 Euro aufbringen solle, wisse er nicht. Die Richterin erklärte ihm, die Geldstrafe könne auch abgearbeitet oder eine Ersatzfreiheitsstrafe abgeleistet werden.

 DATEN 30.01.2019, Göppingen, Internetaufruf: 04.10.2019


 QUELLE Stuttgart Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.amtsgericht-goeppingen-facebook-hetzer-muss-1800-euro-strafe-zahlen.f0824499-d00c-4ba2-9451-ad5820011a90.html>


Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Malterdingen kam es am 31. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 31.01.2019, Malterdingen



 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Geldstrafe für Facebook-Hetze



Für seinen Kommentar, in einem braunen Eisenbahnwaggon durch einen Torbogen mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“ fahren zu wollen, auf der Seite „AfD Bilde dir deine eigene Meinung“ bei Facebook, musste sich ein 35-Jähriger aus Ditzingen am 31. Januar vor dem Amtsgericht Ludwigsburg verantworten. Sein im Mai 2018 verfasster Post war von der Meldestelle respect! des Demokratie-zentrums Baden-Württemberg entdeckt und bei der Polizei angezeigt worden. Bei der Verhandlung bezeichnete der Mann seinen Kommentar als „dummes unüberlegtes Dahinschreiben“. Er habe den Chat auf der Seite, in dem es um einen herabwürdigenden Vergleich von Europäern und Afrikanern ging, verfolgt und kommentiert. Den Kommentar habe er nicht als Volksverhetzung gesehen. Gegen Ausländer habe er nichts, er habe selbst ausländische Wurzeln und einen Freundeskreis aus unterschiedlichen Nationen.

Dass er seine Tat eingestanden und die Unüberlegtheit seines Kommentars eingeräumt hat, sah die Richterin als strafmildernd an und belegte ihn nicht mit einer Freiheitsstrafe, sondern lediglich mit einer Geldstrafe von 1.350 Euro.

-  DATEN 01.02.2019, Ditzingen (Landkreis Ludwigsburg), Internetaufruf: 04.10.2019
-  QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.verhandlung-am-amtsgericht-ludwigsburg-ditzinger-fuer-rechtsextreme-veroeffentlichung-bei-facebook-verurteilt.d7d31954-fbfa-4fdd-85a3-e70a9dfd7499.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Heilbronn kam es am 01. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 01.02.2019, Heilbronn
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Leinfelden-Echterdingen kam es am 01. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdruck-



sache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Hausfriedensbruch §123 StGB.

-  DATEN 01.02.2019, Leinfelden-Echterdingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

„Reichsbürger“ erscheinen nicht vor Gericht



Zu einer für den 6. Februar angesetzten Verhandlung am Villingener Amtsgericht sind die drei Angeklagten, die der „Reichsbürger“-Bewegung angehören sollen, nicht erschienen. Die Männer wollten im August 2018 gemeinsam mit mehreren anderen „Gesinnungsgenossen“ eine Zwangsräumung in Niedereschach verhindern.² Dabei war es zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei gekommen, bei der drei Polizeibeamte und einer der sogenannten „Reichsbürger“ leicht verletzt wurden. Aufgrund des Vorfalls war gegen die drei Angeklagten am 28. November 2018 ein Strafbefehl erlassen worden, gegen den sie Einspruch eingelegt haben, und über den vor dem Amtsgericht in Villingen verhandelt werden sollte.

Da die Angeklagten der Verhandlung ohne Entschuldigung ferngeblieben sind und auch keine ordnungsgemäße Vertretung geschickt haben, wurde der Einspruch ohne eine Verhandlung zur Sache verworfen und der Strafbefehl wieder gültig.

-  DATEN 06.02.2019, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 04.10.2019
-  QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.niedereschach-prozess-gegen-reichsbuerger-platz.ed0ad3fe-06dd-416e-9687-d1ebabd70fe6.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ammerbuch kam es am 07. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.



-  DATEN 07.02.2019, Ammerbuch
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 07. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im



2 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 127.

Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Raub §249 StGB.

 DATEN 07.02.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Durmersheim kam es am 07. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 07.02.2019, Durmersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Schorndorf kam es am 07. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 07.02.2019, Schorndorf
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



KSK Elite-Soldat suspendiert

Das Verteidigungsministerium hat laut SWR die Suspendierung eines Oberstleutnants beim Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in Calw bestätigt, berichtet die Pforzheimer Zeitung. Der Elite-Soldat soll ein Rechtsextremist sein und in Telefongesprächen bewaffneten Widerstand angekündigt haben. Wie die Bildzeitung berichtet haben soll, habe er geäußert, dass der Staat die Lage seit der Flut an Asylbewerbern nicht mehr im Griff habe und man müsse die alle zurückschicken.

 DATEN 08.02.2019, Calw, Internetaufruf: 04.10.2019
 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/region_artikel,-Rechtsextremismus-Oberstleutnant-des-KSK-in-Calw-suspendiert-_arid,1277539.html



AfD-Politiker wegen Volksverhetzung angezeigt

Ein Mann aus Waldkirch hat über mehrere Monate Äußerungen eines AfD-Bundestagsabgeordneten in den sozialen Medien gesammelt und den Abgeordneten aus dem Bundestagswahlkreis Emmendingen-Lahr wegen des Verdachts der Volksverhetzung und von Angriffen auf zentrale Artikel des Grundgesetzes angezeigt. Die Strafanzeige umfasst 64 Dokumente und vier Videos, die die Vorwürfe der Hetze des Abgeordneten gegen Flüchtlinge, Muslime und Andersdenkende in seinen Posts belegen sollen. Den AfD-Abgeordneten hat der Waldkircher in einem offenen Brief darüber informiert.

 DATEN 09.02.2019, Waldkirch (Landkreis Emmendingen), Internetaufruf: 26.03.2019
 QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/p/1752653/>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Metzingen kam es am 09. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 09.02.2019, Metzingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Ermittlungen nach rechter Hetze in KZ-Gedenkstätte



Nach einem Vorfall am 10. Juli 2018, bei dem eine von der Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, aus ihrem Wahlkreis eingeladene Besuchergruppe vom Gelände der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen bei Berlin verwiesen wurde³, hat die Staatsanwaltschaft Neuruppin Vorwürfe wegen Volksverhetzung gegen zwei Männer aus dem Raum Bodensee-Oberschwaben erhoben. Die Beschuldigten sollen bei einer Führung durch die Gedenkstätte die NS-Verbrechen verharmlost und die Existenz des Holocausts infrage gestellt haben.

 DATEN 15.02.2019, Friedrichshafen (Bodenseekreis)/Berlin, Internetaufruf: 04.10.2019
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/Vorwurf-der-Volksverhetzung-Konkrete-Ermittlungen-gegen-AfD-Gruppe-vom-Bodensee,ermittlungen-volksverhetzung-afd-bodensee-100.html>

3 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 128f.



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 15. Februar zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

 DATEN 15.02.2019, Heidelberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 17. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 17.02.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



Kundgebung gegen Antisemitismus in Toulouse

Am 19. Februar versammelten sich in Toulouse mehrere Hundert Menschen zu einer Kundgebung gegen den Anstieg des Antisemitismus in Frankreich. Unter dem Motto „Genug ist genug“ wurden bei der Veranstaltung die Namen von Menschen verlesen, die wegen ihres jüdischen Glaubens sterben mussten. Immer häufiger sehen sich Juden in Toulouse durch Posts im Internet, Beleidigungen und körperliche Übergriffe diesem Hass ausgesetzt. Vor allem junge Menschen der jüdischen Gemeinde denken deshalb darüber nach, Frankreich zu verlassen.

Mit der Botschaft „Das ist genug“ zeigten bei der Kundgebung Bürger aller Gesellschaftsschichten, Politiker verschiedener Parteien, Mitglieder der Gelbwesten-Bewegung und Angehörige aller Religionen „ihre Verbundenheit mit den Werten der Republik“. „Aber Ihr lasst zu, dass dieser Hass zum Ausdruck kommt, Ihr müsst Verantwortung übernehmen“, appellierte ein Sprecher der jüdischen Gemeinde an die Teilnehmenden.



Als Beispiele für den zunehmenden Antisemitismus in Toulouse stehen der Anschlag auf das jüdische Ozar Hatorah Gymnasium am 19. März 2012, die systematische Zerstörung von Denkmälern und Gedenktafeln für die jüdischen Opfer der Nationalsozialisten, die zunehmenden Beleidigungen und Übergriffe gegen als solche erkennbare Mitglieder der jüdischen Gemeinde oder die Zunahme von antisemitischen Schmierereien in der Stadt und den öffentlichen Verkehrsmitteln. „Ich habe den Eindruck, dass das, was früher als Phantasie und Verschwörung im Internet geschah, jetzt auf die Straßen strömt, von Angesicht zu Angesicht. Antisemitismus äußert sich nicht nur in physischer Gewalt, sondern auch durch seine unverhüllte Zurschaustellung, an der oft junge Men-

schen beteiligt sind, als ob das Tabu des Zweiten Weltkriegs überwunden wäre“, sagte die ehemalige Präsidentin des Repräsentativen Rats der Jüdischen Institutionen (Crif) in Toulouse.

 DATEN 19.02.2019, Toulouse, Internetaufruf: 27.01.2020
 QUELLE 20 Minutes
<https://www.20minutes.fr/societe/2455079-20190219-antisemitisme-passait-internet-deverse-aujourd'hui-rues>



Antisemitische Beleidigungen gegen französischen Philosophen und Autor

Am 16. Februar wurde der Philosoph und Autor Alain Finkielkraut am Rande einer Gelbwesten-Demonstration im Pariser Stadtteil Montparnasse von mehreren Personen beleidigt und als „Zionist“ beschimpft. Der Vorfall führte zu der Forderung mehrerer Europa-abgeordneter, Antizionismus ebenso wie den Antisemitismus zu einem Verbrechen zu erklären.

 DATEN 19.02.2019, Paris, Internetaufruf: 21.01.2020
 QUELLE Dernières Nouvelles d'Alsace
<https://www.dna.fr/actualite/2019/02/19/antisemitisme-et-antisionisme-quelle-difference>

France 3 Alsace bricht Live-Übertragung auf Facebook-Seite ab

Wegen dutzender antisemitischer und rassistischer Kommentare hat der Fernsehsender France 3 Alsace am 20. Februar seine Facebook-Live-Übertragung des Besuchs von Staatspräsident Emmanuel Macron auf dem geschändeten jüdischen Friedhof in Quatzenheim abgebrochen. Bereits wenige Minuten nach Beginn der Live-Übertragung „haben die verächtlichen und illegalen Kommentare unsere Möglichkeiten, sie zu mäßigen, bei weitem überschritten“, schrieb ein Digitalredakteur des Senders in einem im Internet veröffentlichten Text. „Wir reden nicht über dumme oder themenfremde Kommentare oder gar Anti-Macron-Kommentare (...). Wir reden über explizite Aufrufe zum Mord, offen antisemitische und rassistische Kommentare, ‚Heil Hitler‘, ‚schmutzige Juden‘ oder ‚dreckige Juden‘, die an Herrn Macron oder Vertreter der jüdischen Gemeinde gerichtet sind“, hieß es in der Erklärung weiter.

 DATEN 20.02.2019, Region Elsass, Internetaufruf: 21.12.2019
 QUELLE L'Alsace
<https://www.lalsace.fr/actualite/2019/02/20/cimetiere-profane-france-3-alsace-suspend-un-live-apres-un-flot-de-commentaires-antisemites>

Frankreichs Präsident Macron kündigt Vorgehen gegen Antisemitismus und Extremismus an





Bei einem Abendessen des Repräsentativen Rates der Jüdischen Institutionen in Frankreich (Crif) am 20. Februar in Paris machte

Staatspräsident Emmanuel Macron mehrere Ankündigungen zum Vorgehen der Regierung gegen Antisemitismus in Frankreich. Er sprach dabei von einem „Wiederaufleben des Antisemitismus, wahrscheinlich beispiellos seit dem Zweiten Weltkrieg“ und dass dieser Antisemitismus in Frankreich wieder töte.

Als wichtigste Maßnahmen nannte der Präsident:

- Eine neue Definition des Antisemitismus, die künftig auch den Antizionismus einschließen soll. Dies habe Frankreich im Dezember 2018 mit seinen europäischen Partnern beschlossen. Macron machte dabei deutlich, dass der Antizionismus eine der modernen Formen des Antisemitismus sei.
- Bereits im Mai werde seine Partei einen Gesetzesvorschlag gegen Hass im Internet vorlegen, der Vorschläge aufgreife, die in einem dem Premierminister im September 2018 vorgelegten Bericht gemacht wurden. Mit dem neuen Gesetz soll der Druck auf die Betreiber von Internetplattformen erhöht werden, Maßnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus zu ergreifen.
- Die Situation an den Schulen soll überprüft werden. Kinder jüdischen Glaubens sähen sich oft gezwungen, „die öffentliche Schule zu verlassen“. Dies solle sich ändern, damit die Schule „ihre Rolle als republikanisches Bollwerk“ voll ausspielen kann.
- Rassistische und antisemitische Vereine und Gruppen sollen aufgelöst werden. In einer Zeit, in der extremistische Gruppierungen, wie die rechte Bastion social (im Elsass vertreten), Blood and Honour, Hexagone oder Combat 18, den Hass nähren, Diskriminierung fördern oder zu Gewaltaktionen aufrufen und damit die Identität Frankreichs in Frage stellen, müsse die Nation neue rote Linien ziehen.


 DATEN 21.02.2019, Paris, Internetaufruf: 21.01.2020


 QUELLE L'Alsace
<https://www.lalsace.fr/actualite/2019/02/20/macron-la-france-mettra-en-oeuvre-la-definition-de-l-antisemitisme-integrant-l-antisionisme>


Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Nußloch kam es am 21. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 21.02.2019, Nußloch


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete


In Ottenbach kam es am 21. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.


 DATEN 21.02.2019, Ottenbach

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Offenburg kam es am 22. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.02.2019, Offenburg


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>


Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Renningen kam es am 24. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 24.02.2019, Renningen


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

TSG Hoffenheim erteilt drei Fans Stadionverbot

Aufgrund rechtsextremistischer Äußerungen rund um ein Champions-League-Spiel bei Olympique Lyon hat der Fußball-Bundesligist TSG 1899 Hoffenheim gegen drei Fans bundesweite Stadionverbote für 12, 24 und 36 Monate ausgesprochen. Getroffen wurde die Entscheidung von der Stadionverbotskommission,

sie besteht aus Stadionverbotsbeauftragtem, Fanbetreuung und Fanprojekt. Die TSG Hoffenheim stehe für Toleranz, Integration und Respekt und verurteile die Vorkommnisse. In den Teams der TSG sind Spielerinnen und Spieler aus 34 Nationen aktiv, „die erfolgreiche Einheiten bilden“, heißt es außerdem in der Mitteilung des Vereins vom 25. Februar.

 **DATEN** 26.02.2019, Zuzenhausen (Rhein-Neckar-Kreis),
Internetaufruf: 26.03.2019

 **QUELLE** Mannheimer Morgen
https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-1899-hoffenheim-stadionverbote-fuer-drei-tsg-fans-_arid,1407507.html

Gleich zwei „Reichsbürger“ vor Gericht


Ein 53-jähriger sogenannter „Reichsbürger“ musste sich am 27. Februar vor dem Waiblinger Amtsgericht verantworten, weil er sich Beamten widersetzt hatte, als diese ihn im August 2018 mit einem Vollstreckungsbescheid wegen nicht bezahlter Geldstrafen aufgesucht hatten.


Da er nicht zum Gerichtstermin erschienen war, musste der in Waiblingen lebende Mann zwangsweise vorgeführt werden. Während der gesamten Verhandlung blieb er stehen und gab an, das Gericht und das ganze „Konstrukt“ der Bundesrepublik Deutschland nicht anzuerkennen. Auch auf die Ansprache mit seinem Nachnamen regierte er mit einer Belehrung des Richters, dass die Personenangaben, mit denen er zum Prozess geladen worden sei, nicht stimmten und er „Christoph, der lebende Mann“ sei.


Den körperlichen Widerstand und Beschimpfungen, wie „Stasi“, „SA“, „Drecksäcke“, „Schweine“ und „Arschlöcher“, gegen die Vollstreckungsbeamten räumte der Mann während der Verhandlung ein. Er habe die Beamten aber nicht beleidigt, sondern lediglich mit diesen verglichen. Ebenso gab er zu, dass er bei dem Vollstreckungsbesuch heimlich eine Tonaufnahme mit dem Handy gemacht habe. Er vertrat aber die Auffassung, er habe auch das Recht dazu gehabt, da sich die Beamten nicht ausgewiesen hätten und es sich ja – seinem Weltbild folgend – nicht um legitimierte Vollstreckungsbeamte gehandelt habe.


Da der Mann einschlägig vorbestraft ist und auch keine positive Sozialprognose vorlag, blieb der Richter mit seinem Urteil von sechs Monaten Haft ohne Bewährung nur knapp unter dem vom Staatsanwalt geforderten Strafmaß von sieben Monaten.

Auch im nächsten Prozess musste der Richter gegen einen sogenannten „Reichsbürger“ verhandeln. Dieser war wiederholt ohne gültige Fahrerlaubnis gefahren und erkennt ebenfalls die Regeln der Bundesrepublik Deutschland nicht an. Noch am Tag vor der Verhandlung war er bei einer Kontrolle ohne Führerschein erwischt worden, dabei soll er der Polizei gegenüber geäußert haben, dass er nicht zum Gerichtstermin erscheinen werde. Auch er musste zwangsweise vorgeführt werden.

 **DATEN** 27.02.2019, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 04.10.2019

 **QUELLE** Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.zwei-prozesse-am-amtsgericht-waiblingen-reichsbuerger-beschaeftigten-die-justiz.d8d0ee83-a5fd-4a87-a3b5-e7b552040c4d.html>


 **DATEN** 28.02.2019, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 04.10.2019

 **QUELLE** Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.waiblingen-reichsbuerger-muss-fuer-halbes-jahr-ins-gefaengnis.48d33d99-5ccb-4c8a-86c4-b0f3df0788d7.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weinheim kam es am 27. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 **DATEN** 27.02.2019, Weinheim

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Ilvesheim kam es am 28. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 **DATEN** 28.02.2019, Ilvesheim

 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 01. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

 DATEN 01.03.2019, Freiburg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Bitz fand am 02. März ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Kommando 192“, „Germanium“ und „Kodex Frei“ auf.




 DATEN 02.03.2019, Bitz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bruchsal kam es am 02. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gemeinlichliche Sachbeschädigung § 304 StGB.

 DATEN 02.03.2019, Bruchsal
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Bruchsal fand am 02. März ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Renitenz“ auf.

 DATEN 02.03.2019, Raum Bruchsal
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Tübingen kam es am 02. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

 DATEN 02.03.2019, Tübingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 03. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung § 223 StGB.

 DATEN 03.03.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Rhein-Neckar fand am 04. März ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt, organisiert durch die rechtsextreme Partei NPD/JN. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Renitenz“ auf.

 DATEN 04.03.2019, Raum Rhein-Neckar
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10326
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910326.pdf>





Rechte mieten Halle von Kaninchenzüchtern für Konzert

Ein Konzert mit Neonazi-Bands planten Rechtsradikale am 2. März und hatten dafür unter dem Vorwand einer privaten Geburtstagsfeier die Halle des Kaninchenzüchtervereins in Bitz angemietet. Rund einhundert Besucher wurden an dem bis dahin geheim gehaltenen Veranstaltungsort erwartet, der im Vorfeld nur als „irgendwo in Süddeutschland“ genannt wurde. Erst am Abend des Konzerts war dann ein Parkplatz im nahegelegenen Gammertingen als Treffpunkt angegeben worden, von dem die Besucher zur Halle der Kaninchenzüchter geleitet wurden.

Sowohl der Kaninchenzüchterverein als auch der Bürgermeister von Bitz hatten von dem geplanten Konzert in ihrem Ort nichts gewusst. Solange keine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit bestand, hätte die Gemeinde die private Veranstaltung aber auch nicht verhindern können.



Die Polizei war im Vorfeld über das geplante Konzert informiert und hatte Beamte in Zivil vor Ort, um im Ernstfall einzugreifen. Da

alles ohne Auffälligkeiten abgelaufen ist, wurde ein Polizeieinsatz aber nicht notwendig, auch Ermittlungen wurden nicht eingeleitet. Ob die rechten Bands tatsächlich aufgetreten sind, war laut SWR bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

-  DATEN 06.03.2019, Bitz (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 07.10.2019
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/Bitz-Rechtsradikaltreffen-sich-bei-Kaninchenzuechtern,meldung-26890.html>
-  DATEN 07.03.2019, Bitz (Zollernalbkreis), Internetaufruf: 07.10.2019
-  QUELLE Schwäbisches Tagblatt <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Nazi-Konzert-bei-Kaninchenzuechtern-406879.html>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Staufen kam es am 10. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung § 303 StGB.

-  DATEN 10.03.2019, Staufen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Hakenkreuzschmierereien in Leonberg

Ein Hochbehälter der Leonberger Stadtwerke wurde von unbekanntem Tätern mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert. Wann genau die Schmierereien angebracht wurden, ist nicht bekannt, entdeckt wurden sie Anfang der 11. Kalenderwoche. Die Stadtwerke haben Strafanzeige gegen unbekannt bei der Polizei gestellt und eine Belohnung von 500 Euro für Hinweise auf die Verursacher ausgesetzt.

-  DATEN 15.03.2019, Leonberg (Landkreis Böblingen), Internetaufruf: 07.10.2019
-  QUELLE Leonberger Kreiszeitung <https://www.leonberger-kreiszeitung.de/inhalt.leonberg-hakenkreuze-an-hochbehaelter-gemalt.b88d7adb-2acd-484b-83c3-155564fa6c8c.html>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Möglingen kam es am 15. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  DATEN 15.03.2019, Möglingen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 15. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

-  DATEN 15.03.2019, Sersheim
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Antifa-Plakataktion in Fellbach





Ein Polizist mit einer Ku-Klux-Klan-Kopfbedeckung war auf Plakaten abgebildet, die eine linke Gruppe am 19. März im Rahmen von drei kleinen Spontandemos in Fellbach aufgehängt hat. Außerdem enthielten die Plakate Texte über Razzien bei einem Neonazi und zwei 17 und 19 Jahre alten Ku-Klux-Klan-Mitgliedern sowie über die angebliche Verstrickung der Polizei in rechtsextreme Umtriebe. Auch Flugblätter wurden verteilt und in Briefkästen geworfen.

Bei den Linken handelt es sich um das „Offene antifaschistische Treffen Rems-Murr – OATRM“, das laut Polizei seit Herbst 2018 mehrfach mit Demos und Banneraktionen auf sich aufmerksam gemacht hat. Strafrechtliche Relevanz hatte, ebenso wie die Plakate, keine der Aktionen.

Zu den Inhalten der Plakate sagte ein Angehöriger des Staatsschutzes, dass es zwar Durchsuchungen gegeben habe, organisierte Ku-Klux-Klan-Strukturen im Rems-Murr-Kreis aber nicht bekannt seien. Die Darstellung von Polizisten als Handlanger rechtsextremer Umtriebe nannte er „nicht belegte Fantastereien“. Die Polizei nehme Ermittlungen gegen Rechtsextremismus im Gegenteil sogar sehr ernst und führe diese konsequent „im Rahmen der staatlichen Möglichkeiten“ durch.

Bei den auf den Plakaten benannten Durchsuchungen waren bei den mutmaßlichen Ku-Klux-Klan-Mitgliedern Gegenstände wie T-Shirts, Schreckschusswaffen und ein Messer gefunden worden. Scharfe Waffen waren nicht dabei. Über die Hintergründe machte das Landeskriminalamt keine Angaben, da es sich um laufende Verfahren handelte.


-  DATEN 19.03.2019, Fellbach (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 07.10.2019
-  QUELLE Stuttgarter Nachrichten <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.plakataktion-in-fellbach-neue-antifa-gruppe-verunsichert-buerger.94548000-9b85-41d6-8bec-68fb09d721d2.html>


Anklage wegen Angriff auf Eisdiele in Wiesloch

Wegen eines fremdenfeindlichen Angriffs auf Gäste einer Eisdiele im September 2018⁴ wurde gegen sechs Männer Anklage beim Amtsgericht Wiesloch erhoben.

Die zwischen 24 und 36 Jahre alten Angeklagten sollen türkisch- und portugiesischstämmige Familien im Außenbereich der Wieslocher Eisdiele angegriffen und dabei fünf Personen leicht verletzt haben. Bei ihrem Überfall sollen sie auch den Hitler-Gruß gezeigt und „Heil Hitler!“ gerufen haben. Einer der Angreifer war zum Tatzeitpunkt als Mechaniker bei der Polizei beschäftigt, er wurde sofort nach dem Vorfall von seinen Aufgaben entbunden und freigestellt.

Die Anklage lautete auf Verdacht der gefährlichen Körperverletzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Tateinheit mit Volksverhetzung.


 DATEN 19.03.2019, Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 08.10.2019

 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Fremdenfeindlicher-UEberfall-auf-Eisdiele-Anklage-erhoben;art19070,4169931>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten


In Ebersbach kam es am 19. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 19.03.2019, Ebersbach

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Karlsruhe kam es am 19. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Nötigung §240 StGB.


 DATEN 19.03.2019, Karlsruhe


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Villingen-Schwenningen kam es am 19. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdruck-

sache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gewaltdarstellung §131 StGB.


 DATEN 19.03.2019, Villingen-Schwenningen


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Unterzeichner der „Aufstehen gegen Rassismus“ Kampagne auf „Feindliste“ der Rechten

Wie der Schwarzwälder Bote berichtet, haben rechte Web-Portale wie „Deutschland-Report“ eine Liste mit Namen und beruflichen Funktionen von Erstunterzeichnern der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ veröffentlicht. Es soll auch gefordert worden sein, dass der Verfassungsschutz die aufgelisteten Gegner der AfD überwachen solle.

Auch ein Tennistrainer und Vereinsberater aus Horb am Neckar tauchte auf der Liste auf. „Die haben wohl erst mal erreicht, was sie wollten: dass ich schlecht geschlafen habe“, wird er zitiert. Er sehe in solchen Auflistungen auch „häufig versteckte Aufrufe an lokale rechte Dumpfbacken, ‚aktiv‘ zu werden“, heißt es weiter, und er lasse die Möglichkeiten, gegen die Veröffentlichung vorzugehen, juristisch prüfen.

 DATEN 20.03.2019, Horb am Neckar (Landkreis Freudenstadt), Internetaufruf: 08.10.2019



 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt/horb-a-n-tennistrainer-landet-auf-rechter-feindliste.1a37c090-2b2a-4c10-8286-66d5e37516c5.html>

Hass-Briefe an Initiatorin von „Omas gegen rechts“

„Wir lassen dich vom grauen Bus aus der psychiatrischen in Weißenau abholen. Der bekannte und allorts beliebte Dr. Josef Mengele jun. wartet dort schon auf dich“ – diese und andere Beschimpfungen, bis hin zu Morddrohungen, waren auf einer Postkarte an die Initiatorin des Bündnisses „Omas gegen rechts“ in Nagold zu lesen, die der Frau Anfang Februar aus Pforzheim zugeschickt wurde. Auch wenn sie im ersten Moment geschockt gewesen sei, als sie die Zeilen gelesen habe, empfinde sie eher Mitgefühl als Groll gegen den Absender, sagte sie gegenüber dem Schwarzwälder Boten. Und dass „schon einiges in diesem Leben lebenslang dramatisch schief gelaufen“ sein müsse, wenn „solch eine Hass-Botschaft“ dabei herauskommt.



4 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 130f.

Wegen der Postkarte haben die „Omas gegen rechts“ Anzeige gegen unbekannt erstattet, der Staatsschutz hat Ermittlungen aufgenommen.

-  DATEN 20.03.2019, Nagold (Landkreis Calw), Internetaufruf: 08.10.2019
-  QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.nagold-hass-briefe-richten-sich-an-omas-gegen-rechts.c247a41d-be30-40b0-b105-a44189e49d4f.html>

Erneuter Eklat im Landtag wegen Wolfgang Gedeon

Mit der Aussage, dass der Kolonialismus Zeichen dafür sei, „dass die europäische weiße Rasse anderen Völkern und Ethnien zivilisatorisch weit überlegen war.“ Und man könne sagen, „dass man den Völkern dort eine Menge an Blut, eine Menge an Schweiß erspart hat durch die Kolonialisierung“, hat der bereits in der Vergangenheit wegen rassistischer Äußerungen kritisierte fraktionslose AfD-Politiker Wolfgang Gedeon⁵ am 20. März für Aufregung im Baden-Württembergischen Landtag gesorgt. Mehrere Abgeordnete warfen ihm deshalb Rassismus vor. Gegenstand der Landtagsdebatte, bei der die Äußerungen fielen, war die Rückgabe einer Bibel und einer Peitsche an Namibia.



-  DATEN 20.03.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 08.10.2019
-  QUELLE Esslinger Zeitung
https://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-afd-politiker-sorgt-fuer-eklat-im-landtag-_arid,2249203.html

Geldstrafe für rassistischen Kommentar auf Youtube

Ein 64-jähriger Mann musste sich vor dem Tübinger Amtsgericht wegen Volksverhetzung verantworten, weil er im März 2018 einen rassistischen Kommentar zu einem Reisevideo über Gambia auf Youtube gepostet hatte. In seinem Text, der von angeblichen Unterschieden zwischen „Negern und Weißen“ handelte, schrieb er unter anderem, Europa müsse sich „mit Minen und Selbstschussanlagen“ gegen „marodierende Negerhorden“ schützen, und die Afrikaner liebten es zu „schnackseln“, würden sich aber keine Gedanken machen, wie sie ihre Kinder ernähren können. Nachdem ein Youtube-Nutzer aus Düsseldorf wegen des Kommentars Anzeige erstattet hatte, hat die Polizei die Identität des 64-jährigen Tübingers ermittelt und das Amtsgericht einen Strafbefehl über 6.000 Euro gegen ihn erlassen, gegen den der Mann Widerspruch eingelegt hat.



Bei der Verhandlung forderte der ohne Anwalt erschienene Angeklagte zunächst einen Freispruch oder die Einstellung des

Verfahrens. Er sei kein Rassist und habe lediglich eine Äußerung wiederholt, die Gloria von Thurn und Taxis im Jahr 2001 gemacht habe. Weshalb er dafür bestraft werden solle, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Später in der Verhandlung räumte der bereits 2012 wegen eines Hass-Kommentars gegen die Einwohner Rumäniens verurteilte 64-Jährige die Volksverhetzung jedoch ein und beschränkte seinen Widerspruch auf die Höhe des Strafbefehls. Er sei schwerbehindert und arbeitslos, Sozialleistungen erhalte er nicht. Die Richterin reduzierte die Geldstrafe daraufhin auf 840 Euro.

-  DATEN 20.03.2019, Tübingen, Internetaufruf: 26.03.2019
-  QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Amtsgericht-Geldstrafe-wegen-Hetze-im-Netz-408418.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten




In Bonndorf kam es am 21. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß dem Waffengesetz (WaffG).

-  DATEN 21.03.2019, Bonndorf
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Grundhof kam es am 21. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.



-  DATEN 21.03.2019, Grundhof
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 22. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß



5 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorfälle in Baden-Württemberg – Monitoring 2016, S. 29f.

Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 22.03.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bad Waldsee kam es am 22. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.03.2019, Bad Waldsee
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 22. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 22.03.2019, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Donaueschingen kam es am 23. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 23.03.2019, Donaueschingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Oberkirch kam es am 24. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 24.03.2019, Oberkirch
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 26. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 26.03.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Baden-Baden kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 26.03.2019, Baden-Baden
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Durmersheim kam es am 26. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.

 DATEN 26.03.2019, Durmersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsruhe kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 26.03.2019, Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 26.03.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ulm kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 26.03.2019, Ulm
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Fellbach kam es am 27. März zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 27.03.2019, Fellbach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 27. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 27.03.2019, Ulm
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 28. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 28.03.2019, Ulm
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Polizeieinsatz wegen „Reichsbürger“

In Haslach wurde die Polizei am 21. März ins Rathaus gerufen, weil dort ein 28-jähriger Mann beleidigend auftrat. Auch die Polizisten wurden von ihm beleidigt, als sie den bereits mehrmals auffällig gewordenen Mann abführten. Wie sich weiter herausstellte, war der 28-Jährige auch ohne einen Führerschein zu besitzen mit einem Motorroller beim Rathaus vorgefahren. Ermittlungen gegen ihn wegen Beleidigung und Fahrens ohne Führerschein wurden eingeleitet.

Wie die Polizei dem Schwarzwälder Boten bestätigte, gehört der 28-Jährige den sogenannten „Reichsbürgern“ an und hatte das Haslacher Rathaus aufgesucht, um sich „abzumelden“.

DATEN 29.03.2019, Haslach im Kinzigtal (Ortenaukreis), Internetaufruf: 10.10.2019
QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.haslach-i-k-reichsbuerger-randaliiert-im-rathaus.6ea2c6c3-6ab6-47b4-933c-e60cf55d06f0.html>

Hakenkreuzschmierereien an Telefonladen

Am Abend des 28. März haben zwei Unbekannte das Schaufenster eines Heilbronner Handyladens mit dem Spruch „Gutes Zeichen von Hitler in schlechten Ruf“ und zwei Hakenkreuzen beschmiert. Sie wurden dabei von einer Überwachungskamera aufgezeichnet. Der Betreiber des Geschäfts, ein 23-jähriger gebürtiger Afghane, hatte keinen Verdacht, wer die Täter gewesen sein könnten. Er vermutete, die Schmierereien richteten sich generell gegen Ausländer.

DATEN 29.03.2019, Heilbronn, Internetaufruf: 10.10.2019
QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/region/Hakenkreuze-an-Schaufenster-geschmiert;art140897,4174629>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete


In Ulm kam es am 29. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 29.03.2019, Ulm
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 30. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß dem Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (VersG).


 DATEN 30.03.2019, Stuttgart

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10323
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/103/1910323.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete


In Ulm kam es am 30. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 30.03.2019, Ulm

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten



In Balingen kam es am 31. März zu islamfeindlichen und anti-muslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 31.03.2019, Balingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/10570
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910570.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 03. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 03.04.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 04. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 04.04.2019, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Remchingen kam es am 05. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 05.04.2019, Remchingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Dauchingen kam es am 06. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 06.04.2019, Dauchingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Karlsruhe gab es am 06. April eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der rechtsextremen Partei „Die Rechte“. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Rebell“ sowie weitere Liedermacher auf.

 DATEN 06.04.2019, Raum Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten





In Backnang kam es am 07. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 07.04.2019, Backnang
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 08. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern und zu islam-feindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 08.04.2019, Konstanz
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Heilbronner JVA-Bedienstete müssen sich wegen Nazi-Bildern verantworten

Weil sie per Whatsapp Hitler-Bilder und Hakenkreuze geteilt haben, hat die Heilbronner Staatsanwaltschaft Strafbefehle gegen zwei JVA-Bedienstete wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen beantragt⁶. Gegen einen dritten Beschuldigten kommt noch der Vorwurf der Volksverhetzung hinzu,

6 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 139.

außerdem liege noch ein Verstoß gegen das Waffengesetz vor. Gegen ihn wurde Anklage beim Amtsgericht Heilbronn erhoben. Entdeckt wurden die Whatsapp-Nachrichten im Zuge eines Ermittlungsverfahrens zu Korruption und Drogenhandel von Justizbeamten im Heilbronner Gefängnis.

DATEN 10.04.2019, Heilbronn, Internetaufruf: 10.10.2019
QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/region/Nazi-Bilder-haben-Konsequenzen-fuer-Heilbronner-JVA-Bedienstete;art140897,4180272>

Fußballer rassistisch beleidigt

Bei einem Fußballspiel des TSV Herbrechtingen gegen den SV des Herbrechtinger Ortsteils Bissingen am 7. April wurde ein aus Brasilien stammender TSV-Spieler nach einem Zweikampf von einem Zuschauer als „Bananenfresser“ beschimpft. Andere Zuschauer hätten aber gleich eingegriffen und mit der klaren Forderung „Hör auf!“ gegen den Hetzer reagiert.

Der SV Bissingen entschuldigte sich auf seiner Facebook-Seite für den Vorfall. „Wir verurteilen dies aufs Schärfste und distanzieren uns klar von diesen Aussagen“, auch sei der betreffende Zuschauer weder Mitglied noch „Fan“ des SV Bissingen, schrieb der Verein.

DATEN 10.04.2019, Herbrechtingen (Landkreis Heidenheim), Internetaufruf: 10.10.2019
QUELLE Heidenheimer Zeitung
<https://www.hz.de/sport/fussball-ostwuerttemberg/sv-bissingen-distanziert-sich-von-rassistischen-aeusserungen-eines-zuschauers-31341474.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pforzheim kam es am 10. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 10.04.2019, Pforzheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Reutlingen kam es am 11. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen

und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 11.04.2019, Reutlingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ravensburg kam es am 13. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 13.04.2019, Ravensburg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

AfD-Mitarbeiter mit Neonazi-Vergangenheit

Wie die Schwäbische Post berichtet, hat ein Jurist, der die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württembergischen berät, eine neonazistische Vergangenheit. Er soll, vor deren Verbot 2009, zeitweilig die rechtsextreme „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) geleitet haben. In einem AfD-Gutachten vom Verfassungsschutz des Bundes soll von einer Vergangenheit des Beraters bei der NPD berichtet werden. Auch der Brandenburgische Verfassungsschutz soll ihn schon 2002 als „NPD-Aktivist“ eingestuft haben. Obwohl NPD und HDJ auf der Unvereinbarkeitsliste für eine AfD-Mitgliedschaft stehen, soll der Jurist Mitglied der Partei sein. Ehemalige Mitglieder extremistischer Organisationen könnten mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Landesvorstands in die Partei aufgenommen werden, berichtet die Schwäbische Post weiter.

Eine Beratertätigkeit, die der Mann am 1. April für die AfD-Fraktion im bayerischen Landtag aufgenommen hatte, soll nach Medienberichten aufgrund seiner Vergangenheit bereits nach wenigen Tagen von der Partei wieder beendet worden sein. Eine Stellungnahme der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag hat die Schwäbische Post, ebenso wie ein angefragtes Interview mit dem Berater selbst, nicht erhalten.

DATEN 15.04.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 26.04.2019
QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/p/1773992/>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sulzbach kam es am 15. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 15.04.2019, Sulzbach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Hakenkreuze und Vandalismus in Zell im Wiesental

Ein Spielplatz im Zeller Ortsteil Mambach wurde in der Nacht vom 13. zum 14. April zum Ziel unbekannter Vandalen. Spielgeräte, Sitzbänke und Schilder wurden mit Hakenkreuzen und antisemitischen und ausländerfeindlichen Symbolen beschmiert und verwüstet, Tische und andere Gegenstände in einem nahegelegenen Schuppen wurden angezündet.

Die Stadt Zell hat eine Belohnung von 200 Euro für Hinweise auf die Verursacher ausgesetzt, der angerichtete Sachschaden betrug etwa 1.000 bis 1.200 Euro.

DATEN 16.04.2019, Zell im Wiesental (Landkreis Lörrach),
Internetaufruf: 26.04.2019
QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/zell-im-wiesental/zerstoerungswut-und-hakenkreuze--171248912.html>

„Reichsbürger“ soll 9.000 Euro Strafe zahlen

Ein 61 Jahre alter gelernter Elektroniker aus Haigerloch stand wegen Nötigung vor dem Balingen Amtsgericht. Mit Schildern an Eingangs- und Terrassentür, die mit Lebensgefahr durch elektronische Sicherungen warnten, hat der den sogenannten „Reichsbürgern“ nahestehende Mann einen Gerichtsvollzieher und die Polizei davon abgehalten, sein Haus zu betreten. Auch werde jeder Versuch, in sein Reich einzudringen, von Überwachungskameras aufgezeichnet und auf „weltweiten Servern“ gespeichert, war zu lesen.

Der 61-Jährige, der angab, der Bundesrepublik „nicht ganz wohlgesonnen“ und auch kein deutscher Staatsbürger zu sein, aber ein „Mensch“, stritt eine Nötigung bei der Verhandlung ab. Für seine Tür habe er eine elektronische Schließanlage eingebaut, die man nur mit einem Chip öffnen kann, „ähnlich wie bei Banken“. Auf der Terrasse habe er den Hinweis angebracht, weil ein Kältemittel ausgelaufen sei, durch das man sich beim Betreten statisch aufladen und, wenn man dann einen Fuß auf die Erde setze, einen Stromschlag erhalten könne. Der Gerichtsvollzieher habe außerdem nur einen Dienstausweis vorgezeigt, aber keinen Amtsausweis als Nachweis, „dass er vollstrecken darf“.

Das Balingen Amtsgericht verurteilte den 61-Jährigen für die Nötigung zu einer Geldstrafe von 360 Tagessätzen à 25 Euro. Dieser kündigte an, gegen das Urteil vorzugehen und bat darum, ihm künftig einen Pflichtverteidiger zur Seite zu stellen.

DATEN 19.04.2019, Balingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 11.10.2019
QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.balingen-haigerloch-sogenannter-reichsbuerger-wegen-noetigung-verurteilt.fc6ea27a-1583-407a-808e-09fc5d3b5cc8.html>

Rechte Schmierereien in Sulzbach

In Sulzbach an der Murr ist eine Bahnhofsunterführung mit rechten Parolen wie „Wacht auf! NS jetzt“, „Asylanten raus“ und „Refugees not welcome here“ beschmiert worden. Außerdem haben die unbekannt Tater Namen und teilweise Adressen linker Politiker und Personen an die Wände gesprüht. Der Hauptamtsleiter der Gemeinde bezeichnete die Auflistung der Namen als „eine neue Dimension, die wirklich ganz furchtbar ist.“ Die Gemeindeverwaltung hat Anzeige gegen unbekannt erstattet. Auch der in den Schmierereien namentlich genannte Ansprechpartner der Partei „Die Linke“ – Ortsverband Backnang und Umgebung kündigte gegenüber der Backnanger Kreiszeitung an: „Ich werde natürlich Anzeige erstatten.“ Wie die Zeitung weiter berichtet, wurden die Ermittlungen vom Staatsschutz der Polizei übernommen.

Laut Backnanger Kreiszeitung sind einige der in den Schmierereien genannten Personen schon früher das Ziel von rechten Aktionen gewesen. Ihre Wohnhäuser wurden mit Farbe beschmiert und Ähnliches. Auch Wahlplakate der SPD und der Grünen in Sulzbach seien mit Parolen wie „Volksverrat“ verunstaltet worden.

Im Jahr 2018 wurden im Rems-Murr-Kreis 139 der insgesamt 219 politisch motivierten Straftaten im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Aalen verübt, von denen 102 dem rechten und 21 dem linken Spektrum zugeordnet werden konnten. Im Ostalbkreis gab es im gleichen Zeitraum 52 politisch motivierte Delikte und im Landkreis Schwäbisch Hall 28.

DATEN 20.04.2019, Sulzbach an der Murr (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 11.10.2019
QUELLE Backnanger Kreiszeitung
<https://www.bkz.de/nachrichten/rechte-schmierereien-in-sulzbach-13624.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten


In Mannheim kam es am 22. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 22.04.2019, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Hakenkreuze an Heidelberger Gymnasium

Am Haupteingang eines Heidelberger Gymnasiums haben Unbekannte alle sechs Türflügel mit spiegelverkehrten Hakenkreuzen und anderen Tags und Wörtern besprüht. Ein Zeuge, der die Schmierereien am 19. April entdeckt hatte, informierte die Polizei. Das Staatsschutzdezernat der Kriminalpolizei Heidelberg hat die Ermittlungen übernommen und bat um Hinweise auf die unbekanntenen Täter.

 DATEN 23.04.2019, Heidelberg, Internetaufruf: 11.10.2019

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg/polizeibericht-heidelberg_artikel,-heidelberg-bunsen-gymnasium-mit-hakenkreuzen-beschmiert-_arid,435484.html

Falsch gemaltes Hakenkreuz

In Lorch im Remstal haben Unbekannte eine Grillhütte mit einem falsch gemalten Hakenkreuz und Zahlen in schwarzer Farbe verschmiert. Der dabei entstandene Schaden wurde mit 500 Euro angegeben.

 DATEN 24.04.2019, Lorch (Ostalbkreis), Internetaufruf: 26.04.2019


 QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/p/1776649/>

Anonyme Bedrohung eines Heidelberger Journalisten und Lokalpolitikers

Mit dem Namen seines Sohnes, dem Spruch „Papa tötet dich“ und einem Kreuz haben Unbekannte am 1. April das frühere Wohnhaus eines Journalisten in Heidelberg beschmiert. Der Journalist war Kandidat der SPD für die Heidelberger Kommunalwahl im Mai 2019, engagiert sich seit Jahrzehnten mit Zeitungsartikeln, Vorträgen und Internet-Blogs gegen Rechtsradikalismus und ist einer der Mitbegründer des Heidelberger „Netzwerk gegen Rechts“. Er selbst vermutete deshalb laut der Rhein-Neckar-Zeitung, dass die Tat eine Aktion aus der rechten Szene gewesen sei, die bundesweit mit Einschüchterung und Bedrohung gegen kritische Journalistinnen und Journalisten agiere. Bereits zuvor sei er im Internet regelmäßig beschimpft und bedroht worden, an seinem Auto seien Nazi-Aufkleber angebracht und viermal Reifen aufgeschlitzt worden. Dass die Schmierereien an seiner früheren Adresse stattfanden, führte der Journalist auf dilettantische Recherchen der Verursacher zurück, auch sein Sohn sei bereits erwachsen und wohne nicht mehr in Heidelberg.

Der Journalist hat die Schmierereien bei der Polizei angezeigt, dort hat der Staatsschutz die Ermittlungen übernommen.


 DATEN 25.04.2019, Heidelberg, Internetaufruf: 11.10.2019

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-anschlag-in-heidelberg-rechtsextremisten-wollten-linken-journalisten-offenbar-einschuechtern-_arid,435892.html

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Nord-Württemberg fand am 29. April ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache der rechtsextreme Sänger „Michael Regener“ auf.


 DATEN 29.04.2019, Nord-Württemberg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Wenig Interesse für „Die Rechte“

Ein Infostand der rechtsextremen Kleinstpartei „Die Rechte“ stieß bei den Passanten auf dem Pforzheimer Marktplatz auf nur sehr wenig Interesse. Wie die Polizei der Pforzheimer Zeitung mitteilte, fanden sich die sechs Teilnehmer der Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl erst sehr verspätet ein, und nach nicht einmal einer halben Stunde sei das Ganze schon wieder beendet worden. Bei der Aktion wurden zwei schwarz-weiß-rote Reichsflaggen des deutschen Kaiserreichs geschwenkt.

 DATEN 30.04.2019, Pforzheim, Internetaufruf: 11.10.2019

 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/bildergalerie_fotos,-Verspaetet-kurz-ohne-Resonanz-Infostand-von-Die-Rechte-_mediagalid,56901.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 01. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN 01.05.2019, Backnang
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Efringen-Kirchen kam es am 01. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 01.05.2019, Efringen-Kirchen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Waibstadt kam es am 02. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 02.05.2019, Waibstadt
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Rechtsextreme Aufmärsche

In Sinsheim kam es am 04. Mai unter dem Motto „Sinsheim braucht mehr Sicherheit und Heimatliebe“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten, organisiert von NPD/JN.

DATEN 04.05.2019, Sinsheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12548
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/125/1912548.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lörrach kam es am 05. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdruck-

sache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN 05.05.2019, Lörrach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 07. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 07.05.2019, Konstanz
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 07. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 07.05.2019, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete


In Schwäbisch Gmünd kam es am 07. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.


DATEN 07.05.2019, Schwäbisch Gmünd
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Antisemitische und migrantenfeindliche Schmierereien an Rathaus

In der Gemeinde Dieffenbach-lès-Woerth haben Unbekannte in der Nacht zum 8. Mai antisemitische und migrantenfeindliche Parolen an das Rathaus geschmiert. Die Ermittlungen gegen die unbekanntenen Täter wurden von Fahndern aus Wissembourg übernommen.


Der Bürgermeister von Dieffenbach-lès-Woerth kündigte laut Polizeiangaben an, Anzeige zu erstatten.


 **QUELLE** 08.05.2019, Dieffenbach-lès-Woerth (Bas-Rhin), Internetaufruf: 27.01.2020

 **QUELLE** BFM TV
<https://www.bfmtv.com/police-justice/alsace-de-nouveaux-tags-antisemites-et-anti-migrants-sur-une-mairie-1687686.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 08. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.


 **DATEN** 08.05.2019, Stuttgart


 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

„Reichsbürger“ rammt Polizeiauto

Ein 59-jähriger sogenannter „Reichsbürger“ war von der Polizei in Bad Saulgau angehalten worden, weil er mit einem nicht mehr versicherten Auto unterwegs war, das zur Konkursmasse einer Schweizer Firma gehörte. Bei der Kontrolle lehnte der Mann die Zuständigkeit der Polizei ab, berief sich auf einen „Diplomatenstatus“ und fuhr davon. Bei seiner Flucht überfuhr er eine rote Ampel, umging eine Polizeisperre und ramnte, bevor er gestoppt werden konnte, einen Streifenwagen der Polizei.

Laut Polizeiangaben waren gegen den sogenannten „Reichsbürger“ in der Schweiz und im Landkreis Sigmaringen Ermittlungsverfahren wegen Erpressung und Bedrohung anhängig. Er habe Behördenleitern damit gedroht, „Militär aufzubieten und seine Interessen mit Waffengewalt durchsetzen zu wollen.“ Am Abend des 8. Mai haben deshalb Durchsuchungen bei dem Mann stattgefunden. Weder in seinem Anwesen bei Ostrach noch in seinen Geschäftsräumen in Bad Saulgau wurden dabei aber Waffen, Sprengstoff oder andere gefährliche Stoffe entdeckt.


 **DATEN** 09.05.2019, Bad Saulgau (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 11.10.2019


 **QUELLE** Reutlinger Generalanzeiger
https://www.gea.de/land_artikel,-reichsb%C3%BCrger-ffl%C3%BChtet-vor-polizei-und-rammt-streifenwagen-_arid,6139865.html

Brandstifterin vor Gericht

Am 10. Mai begann am Ulmer Landgericht der Prozess gegen eine 33-jährige Frau, der versuchter Mord und schwere Brandstiftung in mehreren Fällen vorgeworfen werden. Die Angeklagte hat zugegeben, im September 2018 vor einem türkischen Lebensmittelgeschäft in Geislingen an der Steige und in einer Asylunterkunft in Bad Überkingen zwei Feuer gelegt zu haben.⁷ Insgesamt befanden sich in den beiden Gebäuden 31 Menschen, verletzt wurde aber niemand. Als Begründung für ihre Tat führte die Frau Trunkenheit und Frust über eine gescheiterte Beziehung an, sie habe „irgendwie Menschen Angst machen“ wollen. Ein Nazi sei sie nicht.

In der Wohnung der Beschuldigten waren nach den Taten eine Hakenkreuz-Fahne sowie mehrere mit Hakenkreuzen und SS-Runen bemalte Blätter gefunden worden. Außerdem konnte ermittelt werden, dass sie in Chat-Mitteilungen Bezug auf Hitler genommen und über „Kanaken“ geschrieben habe, sie seien „auszurotten“. Gegenüber dem Richter räumte die transsexuelle Frau während der Verhandlung ein, eine Abneigung gegenüber Muslimen zu haben, seit sie vor etwa vier bis fünf Jahren von muslimischen Männern verhöhnt und beschimpft worden sei. Die Frage des Staatsanwalts, „Haben Sie sich mal überlegt, was mit Ihnen im ‚Dritten Reich‘ geschehen wäre?“, bejahte die 33-Jährige mit gesenktem Kopf.

 **DATEN** 10.05.2019, Ulm, Internetaufruf: 11.10.2019

 **QUELLE** Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/angeklagte-gesteht-brandstiftung-in-asylunterkunft-30979889.html>

Antisemitismusbeauftragte monieren Wahlplakate

Plakate der extremistischen Partei „Die Rechte“ zur Europawahl sind von den Antisemitismusbeauftragten des Bundes und von Baden-Württemberg als jüdenfeindlich kritisiert worden. Parolen wie „Israel ist unser Unglück“, „Schluss damit!“ oder „Wir hängen nicht nur Plakate“ auf den Wahlplakaten gefährdeten die öffentliche Sicherheit, sagte der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte, bei dem mehrere Beschwerden wegen dieser Form der Wahlwerbung eingegangen waren. Er forderte die Kommunen im Land auf, die Plakate zu entfernen. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung sah in den Aussagen auf den Plakaten ein bewusstes Anknüpfen an die Hetze gegen Juden in der Propaganda der Nationalsozialisten, das nicht geduldet werden dürfe. Polizei- und Ordnungsgesetze der Bundesländer böten aus seiner Sicht „hinreichende Möglichkeiten dafür, dass die Kommunen dagegen vorgehen können“.

7 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 134.

Auch der badische Landesbischof der evangelischen Kirche reagierte bestürzt auf die jüdenfeindlichen Wahlplakate der rechtsextremen Partei und bezeichnete sie als eine „bewusste Anspielung auf dunkelste Zeiten des Judenhasses in unserem Land“, der die evangelische Landeskirche scharf widerspreche. „Unsere jüdischen Geschwister können sich auf unsere Solidarität im Eintreten gegen Antisemitismus verlassen“ und „der Ungeist der Menschenverachtung und Ausgrenzung darf in unserer Gesellschaft keinen Raum haben“, sagte der Landesbischof weiter.

DATEN 10.05.2019, Stuttgart und Berlin,
Internetaufruf: 14.10.2019

QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Beauftragte-fordern-Entfernung-antisemitischer-Wahlplakate;art19070,4193661>

DATEN 17.05.2019, Karlsruhe,
Internetaufruf: 14.10.2019

QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Landesbischof-empoert-ueber-Nazi-Parolen-auf-Wahlplakaten;art19070,4196884>

Rechtsextreme Aufmärsche

In Pforzheim kam es am 11. Mai unter dem Motto „Festung Europa – Für den Erhalt unserer Kulturen“ zu einem Aufmarsch der extremen Rechten, organisiert durch die rechtsextreme Partei „Die Rechte“.

DATEN 11.05.2019, Pforzheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12548
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/125/1912548.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Sinsheim gab es am 11. Mai eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der NPD/JN. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Barny“ auf.

DATEN 11.05.2019, Sinsheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 15. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdruck-

sache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 15.05.2019, Sersheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Tettngang kam es am 15. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN 15.05.2019, Tettngang

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Möckmühl kam es am 16. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 16.05.2019, Möckmühl

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Baden-Württemberg (genauer Ort unbekannt) fand am 18. Mai ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Wegbereiter“ und „Zeitnah“ auf.

DATEN 18.05.2019, Baden-Württemberg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Extremistische Partei „Die Rechte“ skandiert „Verlasst Deutschland“ vor Synagoge

Aus einem Kleinbus heraus skandierten Anhänger der extremistischen Partei „Die Rechte“ am 20. Mai „Verlasst Deutschland“ vor einer Pforzheimer Synagoge. Der Auftritt war bei der Stadt angemeldet. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde bezeichnete den Vorfall als „unerträgliche Provokation“, ein Stadtrat der Grünen Liste kritisierte, dass die Stadt eine Genehmigung dafür erteilt hatte.

Aufgrund einer Anzeige eines Mitglieds der jüdischen Gemeinde wurde die für Staatsschutzdelikte zuständige Staatsanwaltschaft in Karlsruhe eingeschaltet. Dort werde geprüft, ob Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet werden, sagte der Erste Staatsanwalt gegenüber der Pforzheimer Zeitung. Wie die Zeitung mitteilte, sind Video-Aufnahmen des Vorfalls vorhanden, die mehr als 15.000 Betrachter bei Twitter erreicht haben sollen und auch im israelischen Fernsehen ausgestrahlt wurden.

DATEN 20.05.2019, Pforzheim, Internetaufruf: 14.10.2019
QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Die-Rechte-skandiert-vor-Synagoge-Verlasst-Deutschland-_arid,1295991.html

Schmierereien auf Radwegen bei Konstanz

Mehrere Sprüche und Zitate haben Unbekannte im Mai mit Schablonen auf Radwege im Raum Konstanz gesprüht. Zu lesen waren Inhalte wie „Chemtrails“, „Psychotronikholocaust“, „Grundgesetz Artikel 146“ oder „Haager Landkriegsordnung“, die laut den Behörden dem Kreis der sogenannten „Reichsbürger“ und Verschwörungstheoretiker zugeordnet werden könnten. Bereits im April 2018 hatte es eine ähnliche Sprayer-Aktion im Raum Konstanz gegeben. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise auf die Täter.

DATEN 22.05.2019, Konstanz, Internetaufruf: 17.10.2019
QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Schmierfinken-haben-erneut-auf-Radwegen-und-Strassen-rund-um-Konstanz-zugeschlagen;art372448,10157861>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Nußloch kam es am 22. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 22.05.2019, Nußloch
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 22. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 22.05.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Esslingen kam es am 23. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 23.05.2019, Esslingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 25. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 25.05.2019, Reutlingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Staig kam es am 25. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


DATEN 25.05.2019, Staig
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>


Brennende Fackel auf Roma-Familie geworfen


Am 25. Mai haben Unbekannte eine brennende Fackel auf das Lager einer französischen Roma-Familie am Ortsrand des Erbacher Stadtteils Dellmensingen geworfen. Kurz nach 23 Uhr sei ein dunkler Kleinwagen am Lager der Camper vorgefahren, aus dem vier oder fünf Personen etwas gerufen haben und dann eine davon die brennende Fackel in Richtung des Wohnwagens


der Familie warf. Danach seien die Unbekannten geflüchtet, berichtete die Schwäbische Zeitung.

Die von den Angegriffenen verständigte Polizei stellte die Fackel sicher und bat Zeugen um Hinweise zu dem Anschlag. Polizei und Staatsanwaltschaft gingen von einem fremdenfeindlichen, antiziganistischen Motiv der Täter aus.

 DATEN 27.05.2019, Erbach (Alb-Donau-Kreis), Internetaufruf: 04.07.2019


 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/erbach_artikel,-unbekannte-werfen-brennende-fackel-und-versetzen-familie-in-angst-_arid,11060303.html


 DATEN 05.06.2019, Erbach (Alb-Donau-Kreis), Internetaufruf: 04.07.2019

 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/erbach_artikel,-angriff-mit-brennender-fackel-auf-roma-familie-polizei-geht-von-fremdenfeindlichem-motiv-aus-_arid,11064661.html

Folgemeldung zu „Brennende Fackel auf Roma-Familie geworfen“ vom 27.05.2019.

Der baden-württembergische Landesverband Deutscher Sinti und Roma will sich für die französische Roma-Familie einsetzen, wenn es zu einem Prozess kommt. Der Vorsitzende des Verbands sagte zu dem Vorfall in Erbach: „Ich bin sehr bestürzt über den Anschlag. Wir werden alles dafür tun, die Familie zu unterstützen“, berichtete die Südwestpresse.


 DATEN 11.06.2019, Mannheim, Internetaufruf: 14.10.2019

 QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/staedte/ulm/schockiert-ueber-anschlag-auf-familie-31380414.html>

Folgemeldung zu „Brennende Fackel auf Roma-Familie geworfen“ vom 27.05.2019.

Nach dem Anschlag auf das Lager einer Roma-Familie im Erbacher Stadtteil Dellmensingen Ende Mai hat das Stuttgarter Amtsgericht Haftbefehle gegen fünf deutsche Jugendliche im Alter zwischen 17 und 20 Jahren erlassen. Wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Polizeipräsidium Ulm mitteilten, sind am 9. Juli zunächst insgesamt acht Tatverdächtige festgenommen und mehrere Wohnungen durchsucht worden. Wegen eines möglichen politischen Motivs der Tat hat die dafür zuständige Staatsanwaltschaft Stuttgart die Leitung der Ermittlungen übernommen.


 DATEN 10.07.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 15.10.2019

 QUELLE Südwestpresse
https://www.swp.de/panorama/fackel-auf-roma-familie-geworfen_-haftbefehle-erlassen-31781309.html

Folgemeldung zu „Brennende Fackel auf Roma-Familie geworfen“ vom 27.05.2019.


Gegen die fünf tatverdächtigen jungen Männer wurde Anklage wegen des Anschlags auf das Lager einer Roma-Familie erhoben. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, sie sollen zumindest billigend in Kauf genommen haben, dass durch den Brand Menschen ums Leben kommen könnten, die sich während der Tat in dem Wohnwagen aufhielten. Auch ein rassistisches Motiv werde nicht ausgeschlossen.


 DATEN 03.12.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 01.04.2020

 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/anklage-fackelwurf-erbach-100.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Wiesloch kam es am 28. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 28.05.2019, Wiesloch


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Drogeriemarkt wegen Rassismus verurteilt

Kurz nachdem er die Filiale einer Drogeriemarktkette in Konstanz betreten hatte, wurde im März 2017 ein Kunde mit dunkler Hautfarbe von einem Ladendetektiv angehalten und sollte seinen Ausweis vorzeigen. Als der dunkelhäutige Kunde dies verweigerte, wurde er vom zwischenzeitlich dazugekommenen Filialeiter aufgefordert, das Geschäft zu verlassen.

Weil der des Ladenlokals verwiesene Mann, der sich auch wissenschaftlich mit dem Thema Rassismus beschäftigt, die Diskriminierung nicht einfach auf sich beruhen lassen wollte, wurde der Vorfall vor dem Amtsgericht Konstanz verhandelt. Dieses verurteilte die Drogeriemarktkette im März 2019 dazu, dem Geschädigten ein Schmerzensgeld von 1.000 Euro zuzüglich Zinsen zu bezahlen. In der Urteilsbegründung hieß es: „Die versuchte Ausweiskontrolle war eine unmittelbare Benachteiligung aus Gründen der ethnischen Herkunft“, denn der Betroffene habe „wegen seiner Hautfarbe eine weniger günstige Behandlung erfahren als andere Personen in vergleichbarer Situation“, berichtete die Südwestpresse.


 DATEN 29.05.2019, Konstanz, Internetaufruf: 15.10.2019

 QUELLE Südwestpresse
https://www.swp.de/suedwesten/_mueller_-wegen-rassismus-vorfall-verurteilt-31100537.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Filderstadt kam es am 29. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.05.2019, Filderstadt

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Verfassungsschutz beobachtet Reiseanbieter

Ein Mannheimer Reiseunternehmen machte mit seinen Pilgerreisen nach Saudi-Arabien das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) auf sich aufmerksam. Als Reiseleiter sollen prominente Salafisten für das Unternehmen tätig sein und versuchen Pilger zu radikalisieren, wie das LfV auf eine Anfrage der FDP-Fraktion mitteilte. Bekannte Namen, wie der 2017 wegen der „Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ verurteilte Sven Lau oder die bundesweit bekannten Hass-Prediger Ahmad Abul Baraa und Pierre Vogel, sollen unter den Reiseleitern des Unternehmens zu finden sein, das Teil eines weitverzweigten Firmengeflechts und in der Salafistenszene gut vernetzt ist. Das Unternehmen selbst gab zu einer Anfrage der Südwestpresse keine Stellungnahme ab.

DATEN 01.06.2019, Mannheim, Internetaufruf: 15.10.2019
QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/salafisten-Pilgertour-zur-Dschihad-Truppe-Verfassungsschutz-beobachtet-Reiseanbieter-31206309.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Waiblingen kam es am 02. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 02.06.2019, Waiblingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Rassistische E-Mail an Konstanzer Stadtrat

Ein aus dem Sudan stammender Konstanzer Stadtrat der Freien Grünen Liste hat Anfang Juni eine bedrohliche E-Mail erhalten. Der unbekannte Verfasser reagierte mit seiner Mail auf die in einem Gespräch mit dem Südkurier geäußerte Forderung des 54-jährigen Stadtrats nach Maßnahmen zur Entlastung der Innenstadt vom hohen Verkehrsaufkommen mit rassistischen Aussagen: „Da kommt so ein Mohamad aus dem Sudan und will Deutschen vorschreiben, dass sie ihr DEUTSCHES Auto nicht mehr in der Innenstadt benutzen sollen. Mohamads haben wir hier eh schon zu viele. Und von

mir aus stechen sie sich alle gegenseitig ab. Aber vorschreiben lassen wir uns von diesen gar nichts. Also ab in den Sudan und dort gegen Autos kämpfen, falls es dort überhaupt welche gibt.“

Der Stadtrat bezeichnete die E-Mail als „offene Drohung“ und hat Anzeige bei der Polizei erstattet.

DATEN 04.06.2019, Konstanz, Internetaufruf: 16.10.2019
QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Schock-in-den-Morgenstunden-Der-kuenftige-Konstanzer-Stadtrat-Mohamed-Badawi-erhaelt-eine-Mail-mit-rassistischem-Inhalt;art372448,10171153>

„Reichsbürger“ muss zehn Monate ins Gefängnis

Ein den sogenannten „Reichsbürgern“ angehörender 58-jähriger Mann musste sich Anfang Juni vor dem Amtsgericht Crailsheim verantworten, weil er im Januar 2018 zwei Polizisten angegriffen hat, die ihn mit einem Vorführungsbefehl der Staatsanwaltschaft Heilbronn wegen eines nicht bezahlten Vollstreckungsbescheids aufgesucht hatten. Neben dem Angeklagten waren bei dem Vorfall auch seine Tochter und sein Sohn anwesend. Als der Sohn die Auseinandersetzung mit den Polizisten filmte, kam es zu einem Handgemenge, bei dem der 58-Jährige Schläge und Tritte austeilte und auf die Polizisten spuckte. Nachdem er mithilfe von weiteren zur Verstärkung herbeigerufenen Beamten festgenommen und in Handschellen gelegt werden konnte, warf er mit Beleidigungen wie „Nazipack“, „Bullenschweine“, „Staatschlampe“, „Marionetten der Deutschland GmbH“ oder „Huren des Systems“ um sich.

Wegen des Vorfalls war bereits am 27. Februar 2019 eine Verhandlung vor dem Crailsheimer Amtsgericht anberaumt worden, zu der aber weder der 58-Jährige noch seine ebenfalls angeklagten Kinder erschienen waren. Die beiden bis dahin nicht strafrechtlich in Erscheinung getretenen Kinder wurden damals in Abwesenheit zu Geldstrafen von 2.700 Euro und 900 Euro verurteilt, das Handy, mit dem der Sohn gefilmt hatte, als Tatmittel eingezogen.

Bei der im Juni nachgeholtten Verhandlung gegen den sogenannten „Reichsbürger“ zeigte sich dieser wenig einsichtig. Zwar räumte er ein, dass die Auseinandersetzung „eskaliert sei“ und entschuldigte sich für das Anspucken der Beamten, machte aber auch durch Aussagen wie, „ich würde sagen: unbekannt“, auf die Frage nach seiner Staatsangehörigkeit deutlich, dass er den deutschen Staat und seine Regelungen ablehnt. Weil außerdem von 2013 bis 2018 von mehreren anderen Amtsgerichten bereits einschlägige Vorstrafen wegen Steuerhinterziehung, Betrug, Hausfriedensbruch, Beleidigung und versuchter Nötigung gegen ihn verhängt worden waren, wurde die im Urteil verhängte

zehnmonatige Freiheitsstrafe vom Gericht nicht zur Bewährung ausgesetzt.

DATEN 01.03.2019, Crailsheim (Landkreis Schwäbisch Hall),
Internetaufruf: 04.10.2019

QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-schwaebisch-hall/haftbefehl-gegen-reichsbuerger-jesus-30177526.html>

DATEN 05.06.2019, Crailsheim (Landkreis Schwäbisch Hall),
Internetaufruf: 04.10.2019

QUELLE Südwestpresse
<https://www.swp.de/suedwesten/staedte/crailsheim/crailsheim-justiz-amtsgericht-reichsbuerger-31274130.html>

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Sinsheim fand am 08. Juni ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Barny“ auf.

DATEN 08.06.2019, Sinsheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Hakenkreuz auf Motorhaube

Ein Unbekannter hat zwischen dem Abend des 9. und dem Mittag des 10. Juni ein etwa 50 cm großes Hakenkreuz in die Motorhaube eines Autos gekratzt. Das Fahrzeug war hinter einem Haus in der Hauptstraße von Heubach abgestellt. Es entstand ein Schaden von circa. 3.500 Euro. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 11.06.2019, Heubach (Ostalbkreis),
Internetaufruf: 16.10.2019

QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/rosenstein/heubach/audi-zerkrazt/1791682/>

„Reichsbürger“ widersetzt sich Polizeikontrolle

Ein Autofahrer wollte sich bei einer Polizeikontrolle am 11. Juni in Fellbach mit einem Fantasiedokument des „Deutschen Heimatbundes“ ausweisen. Die Vereinigung, die diese fiktiven „Dokumente“ ausstellt, wird vom Landesverfassungsschutz beobachtet, weil sie der „Reichsbürger“-Szene zuzurechnen ist. Einen Führerschein konnte der 65-Jährige nicht vorweisen. Als die Polizisten ihn mehrfach aufforderten, sein Fahrzeug zu verlassen, schloss sich der Mann zunächst in seinem Auto ein und stieg erst aus, als die Beamten eine Seitenscheibe einschlugen. Das Auto wurde nach dem Vorfall von der Polizei sichergestellt, ein Strafverfahren gegen 65-jährigen, den sogenannten „Reichsbürgern“ zuzurechnenden, Autofahrer wurde eingeleitet.

DATEN 12.06.2019, Fellbach (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 16.10.2019

QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.fahrzeugkontrolle-in-fellbach-reichsbuerger-will-sich-mit-fantasiedokument-ausweisen.96c90a2d-6be3-4c33-ae72-6f80b2cd5ca1.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsdorf-Neuthard kam es am 12. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 12.06.2019, Karlsdorf-Neuthard

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Neidenstein kam es am 13. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 13.06.2019, Neidenstein

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ulm kam es am 15. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Belohnung und Billigung von Straftaten §140 StGB.



DATEN 15.06.2019, Ulm

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

1.200 Euro Strafe für Hitler-Gruß und „Sieg Heil“ Rufe



In alkoholisiertem Zustand hatte ein 42-Jähriger aus dem Bodenseekreis am 2. März eine Gruppe Jugendlicher, die mit einer Musikanlage am Stadtbahnhof in Friedrichshafen unterwegs waren, verfolgt, beschimpft und beleidigt. Bei seinen Beleidigungen hatte der aggressiv auftretende Mann auch den Hitler-Gruß gezeigt und „Sieg Heil“ gerufen, bis einer der beschimpften Jugendlichen die Polizei rief, die den Mann dann mitgenommen hat.

Am 17. Juni musste sich der Mann vor dem Amtsgericht in Tettang für die Beleidigungen und seine rechtsextremistischen Äußerungen verantworten. Da der 42-Jährige bereits elfmal vorbestraft war, davon auch mehrmals wegen ähnlicher rechtsradikaler Äußerungen, hat die Anklagevertreterin in der Verhandlung eine Freiheitsstrafe von vier Monaten und eine Geldbuße von 1.400 Euro beantragt. Das Gericht verurteilte ihn schließlich zu drei Monaten Freiheitsstrafe mit Aussetzung zur Bewährung und einer Geldstrafe von 1.200 Euro. Den Einwand des Mannes, bei dem Heben des rechten Arms könne es sich um den Gruß an einen Bekannten gehandelt haben, wertete der Vorsitzende Richter als Schutzbehauptung. Er empfahl dem Angeklagten auch, sich wegen seines Alkoholkonsums bei der Caritas beraten zu lassen.

-  **DATEN** 18.06.2019, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internetaufruf: 04.07.2019
-  **QUELLE** Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/bodenseekreis/friedrichshafen_artikel,-bew%C3%A4hrung-und-1200-euro-strafe-f%C3%BCr-hitler-gru%C3%9F-und-sieg-heil-rufe-_arid,11070049.html



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Steinach kam es am 18. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen §90b StGB.

-  **DATEN** 18.06.2019, Steinach
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 19. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  **DATEN** 19.06.2019, Stuttgart
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ehingen kam es am 20. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  **DATEN** 20.06.2019, Ehingen
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pleidelsheim kam es am 20. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  **DATEN** 20.06.2019, Pleidelsheim
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 22. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  **DATEN** 22.06.2019, Reutlingen
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Im Raum Rhein-Neckar gab es am 22. Juni eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der NPD/JN. Auf der Veranstaltung trat laut Bundestagsdrucksache ein unbekannter Liedermacher auf.

-  **DATEN** 22.06.2019, Raum Rhein-Neckar
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12785
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/127/1912785.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete


In Stuttgart kam es am 22. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


-  **DATEN** 22.06.2019, Stuttgart
-  **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12877
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/128/1912877.pdf>

Wohnungsdurchsuchungen bei Mitgliedern von rechter Chat-Gruppe

Am 25. Juni hat die Polizei die Wohnungen von zwei Teilnehmern einer rechtsextremistischen Chat-Gruppe durchsucht. Eine der Durchsuchungen war im Raum Konstanz beim mutmaßlichen Administrator der Chat-Gruppe. In der Wohnung des 28-Jährigen fanden die Beamten ein Luftgewehr und ein Messer. Außerdem wurden elektronische Datenträger und Schriftstücke sichergestellt, die noch ausgewertet werden sollten. Die zweite Durchsuchung fand bei einem 49-Jährigen in Oberhausen statt, der unter dem Verdacht steht, die Beschaffung von Schusswaffen angeboten zu haben. Bei ihm wurden zwar Waffen gefunden, diese unterliegen aber nicht dem Kriegswaffenkontrollgesetz und ihr Besitz ist nach dem Waffengesetz auch nicht erlaubnispflichtig.

Der Chat-Gruppe sollen noch weitere Mitglieder aus verschiedenen Bundesländern angehören, die neben nationalsozialistischen und fremdenfeindlichen Inhalten auch Posts mit Ankündigungen und Aufrufen zu Gewalttaten geteilt haben. Entdeckt worden war die Gruppe vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.


 DATEN 25.06.2019, Konstanz und Oberhausen, Internetaufruf: 17.10.2019

 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Wohnungsdurchsuchung-bei-mutmasslichen-Rechtsextremisten;art19070,4213902>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 27. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.


 DATEN 27.06.2019, Freiburg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ottersweier kam es am 27. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gewaltdarstellung §131 StGB.


 DATEN 27.06.2019, Ottersweier

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 29. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.06.2019, Heidelberg

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/12981
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/129/1912981.pdf>

Hakenkreuz auf Auto geschmiert

Zwischen dem Nachmittag des 28. Juni und dem Vormittag des 30. Juni wurde auf ein in Aalen unter einer Hochbrücke abgestelltes Auto von Unbekannten mit Filzstift ein Hakenkreuz geschmiert.

DATEN 01.07.2019, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 05.08.2019
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/aalen_artikel,-unbekannter-beschmiert-auto-mit-hakenkreuz-_arid,11076187.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weinstadt kam es am 01. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 01.07.2019, Weinstadt
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 02. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 02.07.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Aalen kam es am 03. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 03.07.2019, Aalen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Aspach kam es am 03. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 03.07.2019, Aspach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Disziplinarverfahren gegen AfD-Kreisvorsitzenden eingestellt

Wegen diverser Posts auf Facebook, in denen er z. B. Material der vom Verfassungsschutz beobachteten, rechtsextremen „Identitären Bewegung“ verbreitet und den damaligen Justizminister Heiko Maas als „Stasi-Heiko“ bezeichnet haben soll, war 2016 ein Disziplinarverfahren gegen einen Gruppenführer des Göppinger Polizeipräsidiums eingeleitet worden⁸. Der 27-jährige Polizist ist auch als Kreisvorsitzender der AfD tätig und soll dem rechten „Flügel“ der Partei um Björn Höcke nahestehen.

Da gegen den Beamten auch verschiedene Strafverfahren wegen Beleidigung anhängig waren, deren Abschluss abgewartet werden musste, hatte sich das Disziplinarverfahren in die Länge gezogen. Aufgrund der langen Dauer und weil die Strafverfahren ohne Ergebnis blieben, wurde das Disziplinarverfahren dann ohne förmliche Disziplinarmaßnahme gegen den Polizisten im Juli eingestellt. Obwohl „ein leichtes Dienstvergehen“ vorgelegen habe, sei ein im Landesdisziplinalgesetz für solche Fälle grundsätzlich vorgesehener Verweis nicht mehr erforderlich gewesen. Das Verfahren selbst habe für den Beamten bereits gravierende Auswirkungen gehabt. Durch den während eines Disziplinarverfahrens üblichen Beförderungsstopp hatte er mehr als ein Jahr auf eine ihm zustehende Beförderung warten müssen, erklärte ein Sprecher der Polizei dazu. Die meisten seiner Äußerungen seien, wenn auch sehr

8 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorfälle in Baden-Württemberg – Monitoring 2016, S. 56f.

zugespitzt formuliert, letztendlich dem politischen Diskurs zuzuordnen gewesen.

 **DATEN** 04.07.2019, Göppingen, Internetaufruf: 17.10.2019
 **QUELLE** Südwestpresse
https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-goeppingen/verfahren-gegen-afd-polizisten-umstrittene-facebook-posts_-verweis-fuer-afd-kreisvorsitzenden-simon-dennenmoser-31719778.html



Antisemitismus an Schule Baden-Württemberg

Im Rahmen einer Fachtagung am 5. Juli in Stuttgart hat die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem bezeichnet. Sie rief Schulen und Lehrer auf, antisemitische Vorfälle an die Kultusverwaltung zu melden. Eine neue Handreichung zum Schuljahr 2019/2020 stellt Informationen für den Umgang mit Antisemitismus zur Verfügung.

Seit im April 2018 eine Meldepflicht für alle antisemitisch oder anderweitig religiös oder ethnisch begründeten Vorfälle an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg eingeführt wurde, hatten 27 Schulen, die meisten von ihnen Gymnasien, solche Vorfälle an die Kultusverwaltung gemeldet. Hakenkreuz-Schmierereien und antisemitische Äußerungen seien ebenso darunter gewesen wie antisemitische Verschwörungstheorien, die in sozialen Medien verbreitet wurden. Nach einer solchen Meldung nimmt das Kultusministerium Kontakt mit der betroffenen Schule auf, um eine Lösung zu finden.



Der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus begrüßte die Meldepflicht für antisemitische Vorfälle. Er forderte darüber hinaus eine bessere Fortbildung von Lehrern und anderen Mitarbeitern der Landesverwaltung und schlug eine Anlaufstelle gegen Antisemitismus beim Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) vor. Seiner Einschätzung nach finden sich jüdenfeindliche Inhalte häufig in Whatsapp-Gruppen, z. B. in Form von Witzen oder Sätzen wie „Dich sollte man vergasen“. Er berichtete außerdem von Fällen, in denen Schüler nicht am jüdischen Religionsunterricht teilnehmen wollten, um sich nicht als Juden zu outen.

Wie die Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg betonte, werden die öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg von den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde sehr geschätzt. Auch sie berichtete aber von verbalen Beschimpfungen und Mobbing im Internet.

 **DATEN** 05.07.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 17.10.2019
 **QUELLE** Esslinger Zeitung
https://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-antisemitismus-auch-an-schulen-im-suedwesten-_arid,2268092.html#



Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Heilbronn gab es am 06. Juli eine musikalische Darbietung der extremen Rechten auf einer Veranstaltung der NPD/JN. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextreme Band „Reichstrunkenbold“ sowie zwei weitere Liedermacher auf.

 **DATEN** 06.07.2019, Heilbronn
 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15318
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/153/1915318.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Heilbronn kam es am 07. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

 **DATEN** 07.07.2019, Heilbronn
 **QUELLE** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Anschlag auf gemeinnützige GmbH



Am 4. Juli drangen zwei Männer in die Büroräume eines integrativen Unternehmens in Winnenden ein, warfen Computer, Bildschirme und Büromaterial zu Boden und versprühten Reizgas. Ein Täter hat mit einem Gegenstand auf einen 34-jährigen Mitarbeiter eingeschlagen und verletzte ihn dabei am Kopf, außerdem wurden der 34-Jährige und ein weiterer, schwerbehinderter Mitarbeiter durch das Reizgas verletzt. Auch ein Praktikant hat von dem Reizstoff abbekommen.

Da bei dem Überfall nichts gestohlen wurde, ging der Betreiber des Unternehmens von einem politischen Motiv der beiden Täter aus. Dass sie aus dem rechten Spektrum kamen, hielt er für unwahrscheinlich. Er und sein Bruder, mit dem er das Unternehmen betreibt, gehörten früher selbst der linken Szene an, haben aber, wie er sagt, mit ihr „schon lange nichts mehr zu tun“. Inzwischen ist der Unternehmer auch Mitglied im Organisations-Team des Rock-dein-Leben-Festivals in Laichingen, bei dem 2018 die Band „Freiwild“ auftrat, die in der linken Szene mindestens als „rechtsoffen“ gilt und deren Sänger früher einer rechten Skinhead-Band angehörte. Ein Polizei-Pressesprecher bestätigte: „Man ermittelt auch in diese Richtung“, etwas Konkretes liege aber noch nicht vor.

 **DATEN** 09.07.2019, Winnenden (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 17.10.2019
 **QUELLE** Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.reizgas-attacke-in-winnender-buero-war-der-angriff-politisch-motiviert.4661860b-e184-4181-ae6-9ed97e4a6429.html>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 10. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

 DATEN 10.07.2019, Mannheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sersheim kam es am 14. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 14.07.2019, Sersheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Steinheim kam es am 15. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 15.07.2019, Steinheim
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Zerstörungen und Hakenkreuz an Schule

Im Fichtenauer Teilort Unterdeufstetten haben Unbekannte zwischen dem Nachmittag des 14. und dem Morgen des 15. Juli eine Schule verwüstet. Sie verteilten den Inhalt von 30 Säcken Mörtel auf dem Schulhof, zerstörten eine Straßenlaterne und eine Dachkuppel und rissen zwölf Dachentlüfter ab, die sie dann vom Dach warfen. Mit Bauschaum verschmierten sie Wände, Böden und Gerüstteile und sprühten ein umgedrehtes Hakenkreuz auf. Nach einer ersten Schätzung entstand durch den Vandalismus ein Sachschaden von circa 5.000 Euro. Die Polizei bat um Hinweise auf die Täter.

 DATEN 16.07.2019, Fichtenau (Landkreis Schwäbisch Hall),
 Internetaufruf: 05.08.2019
 QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/p/1802726/>



Hakenkreuze an Wohnhaus

Mehrere Hakenkreuze, die im Satanismus verwendete Zahl „666“, ein Pentagramm und andere Symbole wurden in der Nacht vom 12. zum 13. Juli auf die Fassade eines Hauses am Ortsrand von Allensbach gesprüht. Auch die Motorhaube eines vor dem Grundstück geparkten Autos haben die unbekannt Täter mit verbotenen Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen besprüht. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

 DATEN 17.07.2019, Allensbach (Landkreis Konstanz),
 Internetaufruf: 17.10.2019
 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/allensbach/Hakenkreuze-und-Teufelszeichen-Kriminalpolizei-ermittelt-wegen-Schmierereien-an-einem-Wohnhaus;art372433,10216912>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Waiblingen kam es am 17. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 17.07.2019, Waiblingen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bodman-Ludwigshafen kam es am 18. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 18.07.2019, Bodman-Ludwigshafen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 18. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 18.07.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weinheim kam es am 18. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 18.07.2019, Weinheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stühlingen kam es am 20. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 20.07.2019, Stühlingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Linkenheim-Hochstetten kam es am 21. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 21.07.2019, Linkenheim-Hochstetten
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 22. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhen von Straftaten §126 StGB.

DATEN 22.07.2019, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Mann geht auf Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Freiburg los

Am 13. Juli wurde die 62-jährige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Freiburg vor der Synagoge von einem Mann, der einen Gegenstand in der Hand hielt, attackiert. Mit Anfeindungen wie:

„Ab mit euch! Sonst schlag ich dich tot, du Hure! Ab! Ab!“, ging der Mann auf sie los. Auch als ein Gemeindeglied der Frau zu Hilfe kommt, setzte der Mann seine Beschimpfungen fort: „Ab mit euch! Sonst fress ich dich zum Frühstück!“ und „Geh rein! Sind wir hier in Deutschland oder sind wir hier im Judenland! Mich wundert nicht, dass Hitler euch vergast hat, euch Idioten“, hat er gerufen. Erst als eine vorbeifahrende Radfahrerin dazukam und die Polizei rief, hörte der Mann mit seinen Beschimpfungen auf und ging weiter. Die Polizei konnte den Täter 15 Minuten nach dem Vorfall in der Stadt stellen, wo er sich in einer öffentlichen Toilette versteckt haben soll.

Nach Angaben der Gemeindevorsitzenden gehören antisemitische Attacken inzwischen leider zum Alltag. „Vor allem in den vergangenen zwei bis drei Jahren haben die Anfeindungen stark zugenommen“, erklärte sie gegenüber Focus Online.

DATEN 23.07.2019, Freiburg,
 Internetaufruf: 17.10.2019
QUELLE Focus Online
https://m.focus.de/politik/deutschland/antisemitischer-vorfall-in-freiburg-ueberwachungsvideo-aus-synagoge-zeigt-wie-mann-aus-dem-nichts-auf-juedin-losgeht_id_10953773.html

Folgemeldung zu „Mann geht auf Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Freiburg los“ vom 23.07.2019.

Wie der Südwestrundfunk berichtete, handelt es sich bei dem Mann, der die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde vor der Freiburger Synagoge attackiert hat, um einen 61-jährigen mit Bezug zur Obdachlosenszene. Das Motiv des polizeibekanntes Mannes blieb zunächst unklar, zuvor war er nicht mit fremdenfeindlichen Taten in Erscheinung getreten. Er wurde nach dem Vorfall in einer psychiatrischen Klinik untergebracht.


DATEN 24.07.2019, Freiburg,
 Internetaufruf: 22.10.2019
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/Verdaechtiger-aus-Obdachlosenszene-Antisemitischer-Vorfall-an-Freiburger-Synagoge,attacke-an-freiburger-synagoge-100.html>


Bombendrohung gegen Moschee

Am 22. Juli wurde die Mannheimer Ditib-Moschee nach einer Bombendrohung geräumt. Bei einer anschließenden Durchsuchung des Gebäudes konnte Entwarnung gegeben werden, es wurde kein Sprengstoff gefunden. Neben der Mannheimer Moschee haben auch zwei Moscheen in Duisburg und Mainz sowie die Parteizentrale der Linkspartei in Berlin ähnliche Bombendrohungen per E-Mail erhalten. Auch in diesen Gebäuden wurden keine Sprengkörper gefunden.

Unterzeichnet waren alle Drohmails mit „Combat 18“, so bezeichnet sich der bewaffnete Arm des seit dem Jahr 2000 in Deutschland verbotenen rechtsextremistischen Netzwerks Blood & Honour. (Die Zahl 18 steht für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet, die Initialen von Adolf Hitler.) Die Polizei ging deshalb von einem rechtsextremistischen Hintergrund aus, der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Der Vorstand der Mannheimer Ditib-Moschee betonte in einer Stellungnahme die hervorragende Zusammenarbeit von Polizei und Ditib-Gemeinde und zeigte sich erfreut über den erhaltenen Zuspruch aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Der Vorfall sei nicht zu vernachlässigen und zeige „eine Realität von antimuslimischem Gedankengut, die sich aufgrund von einseitigen Berichterstattungen über Muslime immer weiter ausbreitet“, hieß es weiter.


 DATEN 23.07.2019, Mannheim,
Internetaufruf: 17.10.2019

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim_artikel,-mannheim-drohung-gegen-ditib-moschee-kam-von-rechtsradikalen-update-_arid,454987.html

Folgemeldung zu „Bombendrohung gegen Moschee“ vom 23.07.2019

Nach den Bombendrohungen gegen Moscheen in Mannheim, Duisburg und Mainz am 22. Juli ging am Tag darauf eine weitere E-Mail mit einer Bombendrohung gegen die Ditib-Moschee in Villingen-Schwenningen ein. Wie schon bei den anderen Moscheen wurde aber kein Sprengsatz in den Räumlichkeiten gefunden. Die Polizei vermutete auch einen Zusammenhang der Vorfälle mit ähnlichen Bombendrohungen gegen Moscheen in München und Iserlohn sowie die Ditib-Zentralmoschee in Köln, die ebenfalls im Juli stattfanden.

 DATEN 23.07.2019, Villingen-Schwenningen,
Internetaufruf: 05.08.2019


 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/sueden/baden-wuerttemberg_artikel,-erneut-bombendrohung-bei-moschee-in-baden-w%C3%BCrttemberg-_arid,11087933.html


Folgemeldung zu „Bombendrohung gegen Moschee“ vom 23.07.2019


Im Rahmen der Ermittlungen wegen der bundesweiten Bombendrohungen gegen mehrere Ditib-Moscheen, die Parteizentrale der Linkspartei und weitere Partei- und Medien-einrichtungen haben am 9. Oktober in mehreren Bundesländern insgesamt sieben Hausdurchsuchungen stattgefunden. Dabei


seien sechs Personen vorläufig festgenommen und später wieder freigelassen worden, berichtet der Südwestrundfunk. Bei den Durchsuchungen seien auch mehrere Datenträger beschlagnahmt worden. Insgesamt waren 120 Polizeibeamte an der Aktion beteiligt.

Unter den Zielen der Polizeirazzia sollen auch ein Objekt in der Region Stuttgart und eines in Bingen gewesen sein. Mindestens eine der Festnahmen soll laut SWR ebenfalls in Baden Württemberg stattgefunden haben. In Bingen sollen die Ermittler laut Informationen des Zollern-Alb-Kuriers rund 50 verdächtige Gegenstände und Datenträger sichergestellt haben. Bereits im Dezember 2018 habe in Bingen eine Razzia gegen das hinter den Bombendrohungen stehende verbotene Nazi-Netzwerk Blood & Honour stattgefunden, berichtet die Zeitung weiter.

 DATEN 09.10.2019, Bingen (Landkreis Sigmaringen),
Internetaufruf: 11.11.2019


 QUELLE Zollern-Alb-Kurier
<https://www.zak.de/Nachrichten/Razzia-wegen-rechtsextremer-Drohschreiben-Ermittler-durchsuchen-Wohnung-in-Bingen-138135.html>


 DATEN 09.10.2019, Bingen (Landkreis Sigmaringen),
Internetaufruf: 11.11.2019

 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/Durchsuchungen-in-vier-Bundeslaendern-Festnahmen-bei-Razzien-wegen-rechtsextremer-Droh-Mails,razzien-rechtsextreme-100.html>

Rechtsextremistische Inhalte in Klassenchat



Im geschlossenen Chat einer neunten Schulklasse eines Leonberger Gymnasiums sind Hakenkreuze, Verunglimpfungen von Menschen mit dem Down-Syndrom und pornografische und fremdenfeindliche Inhalte eingestellt worden. Das Bild eines Maschinengewehrs sei beispielsweise mit der Unterzeile „Das löst bis zu 1.800 Asylanträge pro Minute“ versehen gewesen. Fünf Schüler der neunten Klasse standen im Verdacht, die Mitteilungen verfasst zu haben. Der Schulleiter hat wegen der Chat-Inhalte die Polizei eingeschaltet, die den Vorfall zunächst als „Jugendliches Fehlverhalten“ eingestuft hat. Ob der Vorfall strafrechtlich verfolgt wird, war zunächst nicht klar, da die Inhalte für Außenstehende nicht zugänglich waren.

 DATEN 26.07.2019, Leonberg (Landkreis Böblingen),
Internetaufruf: 22.10.2019

 QUELLE Leonberger Kreiszeitung
<https://www.leonberger-kreiszeitung.de/inhalt.sexismus-hitler-und-verunglimpfungen-neuntklaessler-senden-rassistische-nachrichten.7f511d25-1944-4c2f-b6a4-9dc42a359bcd.html>



Spontane Demonstration gegen rechtsextreme „Identitäre Bewegung“

Am 27. Juli bauten Mitglieder der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ einen angemeldeten Infostand auf dem Konstanzer Marktplatz auf. Kurz darauf bildeten circa 15 Personen eine Menschenkette und versuchten die Wortbeiträge der Rechten zu übertönen. Nachdem sich auch viele Passanten mit der spontanen Gegendemonstration solidarisierten, bauten die circa 12 Unterstützer der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ ihren Stand früher als angemeldet wieder ab und räumten das Feld. Die Polizei war mit mehreren Beamten vor Ort, zu strafbaren Handlungen war es nicht gekommen.

 DATEN 27.07.2019, Konstanz, Internetaufruf: 21.10.2019
 QUELLE Südkurier
<https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Stand-der-Identitaeren-Bewegung-und-spontane-Gegendemonstration-auf-der-Marktstaette;art372448,10229065>



Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Edingen-Neckarhausen kam es am 27. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

 DATEN 27.07.2019, Edingen-Neckarhausen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Remshalden kam es am 27. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 27.07.2019, Remshalden
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete



In Heiningen kam es am 29. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdruck-

sache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.07.2019, Heiningen
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Stuttgart kam es am 29. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB und gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 29.07.2019, Stuttgart
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

„Zentrum Automobil“-Kampagne gegen Entlassungen nach rechtsextremistischen Vorfällen



„Das stört den Betriebsfrieden“, zitiert der SWR die Stellungnahme der IG Metall zu einer Kampagne der rechten Mini-Gewerkschaft „Zentrum Automobil“⁹ bei Daimler in Stuttgart. Diese sei eine gezielte Inszenierung, um die aus mehr als 100 Nationen stammende Belegschaft zu spalten.

Im Jahr 2018 hatte der Automobilhersteller, laut Berichten der Zeitschrift „Stern“ und des ARD-Magazins „Report Mainz“, zwei Arbeiter seines Werks in Untertürkheim entlassen, weil sie über Monate Nazi-Bilder und verächtliche Bilder über Moslems an einen türkischstämmigen Kollegen und IG-Metall-Vertrauensmann geschickt hatten. Das Arbeitsgericht Stuttgart hatte die Rechtmäßigkeit der Kündigungen bestätigt.



Wie der SWR weiter berichtet, hat „Zentrum Automobil“ im Sommer 2019 einen 35 Minuten langen Film auf Facebook und Youtube veröffentlicht, in dem die Vorwürfe gegen die entlassenen Mitarbeiter als „völlig absurd“ dargestellt und der IG Metall korrupte Praktiken vorgeworfen werden. Im Juli war es vor dem Mettinger Daimler Werk zu lautstarken Auseinandersetzungen wegen der Entlassungen zwischen rechten Gewerkschaftern und IG-Metall-Vertretern gekommen.

Daimler wies die Vorwürfe von „Zentrum Automobil“ zurück und erklärte in einem Aushang für die Mitarbeiter, der Film verzerre die

9 Zum Verein „Zentrum Automobil“ vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2018, S. 26ff und S. 80f.



Tatsachen und das Unternehmen könne Rassismus und Fremdenfeindlichkeit „in keiner Weise dulden“.

Eine Stellungnahme von „Zentrum Automobil“ zu den Vorgängen haben „Stern“ und „Report Mainz“ nicht erhalten.

 DATEN 30.07.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 22.10.2019
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/Nach-Nazi-und-Hass-Postings-Rechte-Mini-Gewerkschaft-treibt-Keil-in-Daimler-Belegschaft,daimler-zentrum-automobil-100.html>



Folgemeldung zu „Zentrum Automobil“-Kampagne gegen Entlassungen nach rechtsextremistischen Vorfällen“ vom 30.07.2019

In zweiter Instanz wurde am 5. Dezember die Zulässigkeit der fristlosen Kündigung für einen der beiden entlassenen Daimler-Mitarbeiter durch das Landesarbeitsgericht in Stuttgart bestätigt. Dass die von ihm an einen türkischen Kollegen muslimischen Glaubens geschickten islamfeindlichen Bilder als Spaß oder Satire gemeint gewesen seien und dieser selbst um die Zusendung gebeten habe, konnte das Gericht nicht nachvollziehen.

 DATEN 05.12.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 14.01.2020
 QUELLE Esslinger Zeitung
https://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-kuendigung-von-daimler-arbeiter-wegen-rassismus-vorwurfs-rechts-_arid,2297808.html



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heidelberg kam es am 30. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 30.07.2019, Heidelberg
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsruhe kam es am 30. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 30.07.2019, Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



BGH bestätigt Haftstrafe für „Altermedia“ Betreiber

Das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart gegen den bekennenden Neonazi und ehemaligen Betreiber des rechtsextremistischen Internetportals „Altermedia“¹⁰ wurde in einem Revisionsverfahren am 31. Juli vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigt und damit rechtskräftig. Der Mann muss wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung zweieinhalb Jahre ins Gefängnis. Auf dem Portal wurde unter anderem gegen Ausländer, Juden und Andersdenkende gehetzt, zur Gewalt gegen sie aufgerufen und der Holocaust geleugnet. Von den gegen drei mitangeklagte Frauen verhängten Bewährungsstrafen hielt lediglich ein Urteil der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

 DATEN 31.07.2019, Karlsruhe, Internetaufruf: 23.10.2019
 QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt-villingen-schwenningen-altermedia-bgh-verwirft-revision.3e2de774-a671-4888-be0a-5192fbc0b272.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Karlsruhe kam es am 31. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

 DATEN 31.07.2019, Karlsruhe
 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

10 Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg 2017, S. 45.

Musikveranstaltungen der extremen Rechten

In Kieselbronn fand am 03. August ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung traten laut Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Oldschool Rockerz“, „Urweiss“ und „Kodex Frei“ auf.

DATEN 03.08.2019, Kieselbronn
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15318
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/153/1915318.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Schwäbisch Hall kam es am 03. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 03.08.2019, Schwäbisch Hall
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sinzheim kam es am 04. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 04.08.2019, Sinzheim
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Zell kam es am 04. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 04.08.2019, Zell
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

70 Nazi-Schmierereien auf Kinderspielplatz

Auf einem Spielplatz in Leinfelden-Echterdingen haben Unbekannte mit Straßenkreide rechte Parolen und zahlreiche

Hakenkreuze auf Wände und Laufwege einer hölzernen Ritterburg aufgemalt. Bei der Polizei gemeldet wurden die etwa 70 Schmierereien am Mittag des 4. August. Die Beamten haben Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet und Zeugen um Hinweise gebeten.

DATEN 05.08.2019, Leinfelden-Echterdingen (Landkreis Esslingen),
Internetaufruf: 23.10.2019
QUELLE Esslinger Zeitung
https://www.esslinger-zeitung.de/region/polizei_artikel-leinfelden-echterdingen-hakenkreuz-schmierereien-an-spielplatz-_arid,2273349.html

Nazi-Schmierereien bei Remstal Gartenschau

Am Vormittag des 4. August sind Hakenkreuze und SS-Zeichen, die auf zwei Holzfiguren bei der Remstal Gartenschau geschmiert wurden, bei der Polizei angezeigt worden. Zeugen der Tat wurden gebeten, sich zu melden.

DATEN 05.08.2019, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 23.10.2019
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/Schorndorf-NS-Schmierereien-auf-Gartenschau,hakenkreuzschmierereien-remstal-gartenschau-100.html>

Antifa verhindert „Schweigeminute“ der NPD



Nach einem Aufruf zu einer „bundesweiten Schweigeminute“ im Rahmen der NPD-Kampagne „Schafft Schutzzonen“ wollten sich am 3. August neun Rechte am Backnanger Bahnhof versammeln. Laut Auskunft eines Polizeisprechers seien aber nur zwei von ihnen auch am Bahnhof angekommen. Die restlichen seien durch eine Gegen-Aktion von circa „40 Antifaschist/-innen“ am Passieren der Zugänge zum Bahnhof gehindert worden, hieß es in einer Antifa-Pressemitteilung. Organisiert hatte die Aktion gegen die Rechten das „Offene Antifaschistische Treffen Rems-Murr“. Die Polizei war laut dem Zeitungsverlag Waiblingen mit einem Aufgebot von circa 50 Einsatzkräften vor Ort, um Auseinandersetzungen beider Gruppierungen zu verhindern.

Hintergrund für die „Schweigeminute“ der NPD war ein Vorfall in Frankfurt. Ein offenbar psychisch kranker Mann aus Eritrea hatte Ende Juli eine Mutter und ihr Kind vor einen Zug gestoßen.


DATEN 05.08.2019, Backnang (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 23.10.2019
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.bahnhof-in-backnang-widersprueche-um-rechte-mini-kundgebung.0c798e21-e03d-42a7-a6cc-5901617e546d.html>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Konstanz kam es am 05. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


-  DATEN 05.08.2019, Konstanz
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Prozess gegen mutmaßlichen Volksverhetzer

Laut einer SWR-Meldung gleichen Datums begann  6. August vor dem Heidelberger Amtsgericht ein Prozess gegen einen 56-jährigen Mann aus Nußloch, der an ein Kreisbüro der AfD mehrere Schreiben mit fremdenfeindlichem und rassistischem Inhalt geschickt hatte. Die AfD hat wegen der Anschreiben die Polizei eingeschaltet, und der Mann erhielt eine Geldstrafe, gegen die er Widerspruch eingelegt hat.

-  DATEN 06.08.2019, Heidelberg,
Internetaufruf: 23.10.2019
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/Heidelberg-Prozess-wegen-Volksverhetzung,meldung-36000.html>



Landgericht Ravensburg vertagt Berufungsprozess wegen Volksverhetzung

Das Landgericht Ravensburg hat die Berufungsverhandlung gegen ein  Mann aus dem Raum Biberach bereits kurz nach der Eröffnung am 6. August auf den November vertagt. Sowohl der Beschuldigte als auch die Staatsanwaltschaft hatten Berufung gegen ein Urteil des Biberacher Amtsgerichts eingelegt. Dort war der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 4.800 Euro wegen Volksverhetzung verurteilt worden, weil er auf der Facebook-Seite des AfD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alexander Gauland, einen Kommentar verfasst hatte, in dem er die Zahl der Juden, die in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten ermordet wurden, in Zweifel gezogen haben soll.

-  DATEN 06.08.2019, Ravensburg,
Internetaufruf: 23.10.2019
-  QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/Ravensburg-Prozess-wegen-Volksverhetzung,prozess-wegen-volksverhetzung-100-100.html>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Edingen-Neckarhausen kam es am 06. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

-  DATEN 06.08.2019, Edingen-Neckarhausen
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Freiburg kam es am 08. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

-  DATEN 08.08.2019, Freiburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>



Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ravensburg kam es am 08. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 08.08.2019, Ravensburg
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Wildbad kam es am 11. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

-  DATEN 11.08.2019, Bad Wildbad
-  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Hakenkreuzschmiererei in Geislingen

Die Mehrzweckhalle der Geislinger Ortsteile Binsdorf und Erlaheim wurde Mitte August von Unbekannten mit verschiedenen

Symbolen, Buchstaben und Zahlen beschmiert. Unter den Schmierereien befand sich auch ein Hakenkreuz.

Die Stadtverwaltung Geislingen hat Anzeige wegen Sachbeschädigung bei der Polizei erstattet.

DATEN 16.08.2019, Geislingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 28.10.2019

QUELLE Zollern-Alb Kurier
<https://www.zak.de/Nachrichten/Unbekannte-beschmieren-Mehrzweckhalle-in-BinsdorfErlaheim-mit-Hakenkreuz-137313.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Baden-Baden kam es am 16. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 16.08.2019, Baden-Baden
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Weil der Stadt kam es am 16. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung § 223 StGB.

DATEN 16.08.2019, Weil der Stadt
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Göppingen kam es am 20. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 20.08.2019, Göppingen
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ulm kam es am 20. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 20.08.2019, Ulm
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Ottersweier kam es am 21. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 21.08.2019, Ottersweier
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 23. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung § 185 StGB.

DATEN 23.08.2019, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Oberndorf kam es am 23. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung § 130 StGB.

DATEN 23.08.2019, Oberndorf
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Pfedelbach kam es am 24. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen/Ehrenamtlichen/freiwilligen Helfern und gegenüber Einrichtungen für Geflüchtete. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen § 86a StGB.


DATEN 24.08.2019, Pfedelbach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>


Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 27. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

 DATEN 27.08.2019, Stuttgart


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>


 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Nazi-Schmierereien in Hohenlohe

In der Nacht vom 23. zum 24. August haben unbekannte Täter in Pfedelbach und im Schöntaler Ortsteil Westernhausen Nazi-Schmierereien hinterlassen. In Westernhausen wurde ein Weg mit einem Hakenkreuz und SS-Runen beschmiert. In Pfedelbach wurden Hakenkreuze und vulgäre Drohungen am Rathaus und an einem Café in einer Unterkunft für Geflüchtete gefunden. Der Bürgermeister von Pfedelbach bezifferte den entstandenen Sachschaden allein am Rathaus auf circa 3.500 Euro. „So etwas geht weit über einen Dumme-Jungen-Streich hinaus und ist ein totales No-Go“, sagte er zu dem Vorfall. Bereits im November 2016 war in Pfedelbach auf eine damals noch nicht fertiggestellte Flüchtlingsunterkunft ein Brandanschlag verübt worden.¹¹

Die Ermittlungen zu den Vorfällen hat der Staatsschutz übernommen.


 DATEN 28.08.2019, Pfedelbach und Schöntal (Hohenlohekreis), Internetaufruf: 11.11.2019

 QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/hohenlohe/nachrichten/sonstiges/Sind-die-Hakenkreuz-Schmierereien-Jugendstreich-oder-Nazi-Umtriebe;art140018,4243028>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Wurzach kam es am 28. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 28.08.2019, Bad Wurzach

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Lahr kam es am 30. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.


 DATEN 30.08.2019, Lahr

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Reutlingen kam es am 30. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

 DATEN 30.08.2019, Reutlingen

 QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

¹¹ Vgl. Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorfälle in Baden-Württemberg – Monitoring 2016, S. 59.

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Satteldorf kam es am 02. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 02.09.2019, Satteldorf
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Umstrittener Kandidat für Calwer OB-Wahl

Ein 32-Jähriger, der vom SPD-Vorsitzenden im Kreis Freudenstadt wegen Volksverhetzung angezeigt wurde, ist als Kandidat für die Wahl des Oberbürgermeisters von Calw zugelassen worden. Bereits zuvor hatte der Mann in mehreren anderen Städten bei Bürgermeisterwahlen kandidiert. In seiner Wahlwerbung soll er, laut dem SPD-Kreisvorsitzenden, die Abschaffung von Wahlen gefordert, Flüchtlinge beleidigt und Adolf Hitler als seinen Propheten bezeichnet haben.

Der bisherige Oberbürgermeister von Calw und Vorsitzende des Wahlausschusses bestätigte, dass der umstrittene Kandidat die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt habe und deshalb für die Wahl zugelassen werden musste. Ein Strafverfahren wegen der Anzeige des SPD-Kreisvorsitzenden war von der Staatsanwaltschaft bis zur Sitzung des Wahlausschusses am 3. September nicht eingeleitet worden.

DATEN 04.09.2019, Calw, Internetaufruf: 11.11.2019
QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/Wer-wird-Nachfolger-von-Calws-OB-Ralf-Eggert,kandidaten-fuer-calwer-ob-wahl-100.html>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Pforzheim kam es am 09. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN 09.09.2019, Pforzheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 12. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 12.09.2019, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

„Reichsbürger“ widersetzen sich Festnahme

Zwei Streifenbesetzungen der Polizei wollten am 12. September im Frankenhardter Ortsteil Spaichbühl einen 49-jährigen Mann und seine 39-jährige Lebensgefährtin abholen, um sie beim Amtsgericht Crailsheim vorzuführen. Das Paar teilte den Beamten jedoch mit, dass sie das Amtsgericht und die Polizei nicht anerkennen und deshalb ihre Anweisungen auch nicht befolgen würden. Auch die Androhung der Polizisten, sie gegen ihren Willen beim Amtsgericht vorzuführen, blieb wirkungslos. Bei der anschließenden Festnahme der beiden wurde eine Beamtin leicht verletzt.

Auf Nachfrage des Zeitungsverlags Waiblingen bestätigte die Polizei, dass das Paar der „Reichsbürger“-Szene angehört.

DATEN 13.09.2019, Frankenhardt (Landkreis Schwäbisch Hall), Internetaufruf: 11.11.2019
QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt/frankenhardt-reichsbuerger-verletzt-polizeibeamtin.9a807409-b240-4483-9e02-eea7f870cb8e.html>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Wurzach kam es am 15. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 15.09.2019, Bad Wurzach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Rudersberg kam es am 15. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 15.09.2019, Rudersberg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Achstetten kam es am 16. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 16.09.2019, Achstetten
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sersheim kam es am 17. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 17.09.2019, Sersheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 18. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 18.09.2019, Stuttgart
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Heilbronn kam es am 21. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß dem Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (VersG).

DATEN 21.09.2019, Heilbronn
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 22. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 22.09.2019, Heidelberg
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Konstanz kam es am 23. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 23.09.2019, Konstanz
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>

Rechtsrock im Enzkreis

„Lunikoff“, eine rechte Rockband, trat am 22. September im östlichen Enzkreis bei einem privaten Konzert auf, das vom Staatsschutz beobachtet wurde. 30 bis 40 Personen seien zu der Veranstaltung erschienen, die in Räumlichkeiten stattfand, die laut Polizeiangaben „nicht von außen einsehbar waren“, berichtet die Pforzheimer Zeitung. Der Ort des Konzerts war erst kurz vor Beginn bekannt gegeben worden.

Chef der Band „Lunikoff“ ist Michael Regener, der frühere Sänger der Band „Landser“, die vom Bundesgerichtshof wegen volksverhetzender Liedinhalte als kriminelle Vereinigung eingestuft worden war. Regener wurde damals wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung verhaftet und zu drei Jahren und vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

Die SPD in Pforzheim und Enzkreis reagierte „entsetzt“ auf das Konzert. In einer Pressemitteilung sprach sich die Partei für ein „Demokratiefördergesetz“ aus, das Projekte und Initiativen der Demokratiewerkstatt langfristig absichern und verlässliche Strukturen

schaffen soll, die die Bekämpfung von Extremismus unterstützen und Engagement fördern.

DATEN 4.09.2019, Enzkreis, Internetaufruf: 11.11.2019
QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/region_artikel,-Nach-Geheimkonzert-von-Neonazis-im-oestlichen-Enzkreis-SPD-fordert-neues-Gesetz-_arid,1339032.html

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Mannheim kam es am 24. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 24.09.2019, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Sinsheim kam es am 24. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 24.09.2019, Sinsheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Bad Wurzach kam es am 25. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 25.09.2019, Bad Wurzach
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

In Mannheim kam es am 25. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN 25.09.2019, Mannheim
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>

Rassistisches Video aus Sinsheimer Handwerksbetrieb

Ein bei Twitter aufgetauchter Videoclip, in dem ein Mitarbeiter eines Handwerksbetriebs in Sinsheim filmte, wie er einen dunkelhäutigen Auszubildenden aus Afrika rassistisch beleidigt, hat zu Ermittlungen der Polizei geführt, der der Clip im Netz aufgefallen war. „Wir ermitteln in alle Richtungen“, sagte eine Polizeisprecherin im September zu dem Vorfall, auch die zuständige Staatsanwaltschaft werde eingeschaltet.

In dem Video bezeichnet der Mitarbeiter den Auszubildenden als „Buschmann“, dem er zwei Paddel kaufen wolle. „Irgendwie musst du ja von Italien zurück nach Afrika, Schlauchboote findest du da unten bestimmt genug“, verhöhnt er ihn weiter. Außerdem wolle er ihm einen Zettel, auf dem „Ready to go“ steht, mitgeben.

Der Inhaber des Unternehmens hat sich auf seiner Homepage von dem Videoclip seines Mitarbeiters distanziert. „Das Video gibt in keiner Weise die Unternehmenskultur wieder, die in unserem Unternehmen seit Unternehmensgründung gelebt wird“, teilte er mit; den Angestellten habe er inzwischen abgemahnt.

DATEN 26.09.2019, Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 11.11.2019
QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/sinsheim_artikel,-nur-ein-dummer-scherz-polizei-ermittelt-nach-rassistischem-vorfall-in-sinsheimer-betrieb-update-_arid,468621.html

Polizei den Hitlergruß gezeigt



Am Abend des 25. September wollte ein 26-jähriger Mann trotz Hausverbots ein Lokal in Ellwangen aufsuchen. Weil der Wirt ihm den Zutritt verwehrte, wurde der Mann aggressiv, der Wirt rief daraufhin die Polizei. Als die Polizisten ihn wegschickten, zeigte er den Hitlergruß und verabschiedete sich mit dem Ausspruch „Sieg Heil“. Auf den Mann kommen deshalb entsprechende Anzeigen zu.

DATEN 26.09.2019, Ellwangen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 08.11.2019
QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/ellwangen_artikel,-nach-hausverbot-26-j%C3%A4hriger-zeigt-hitlergru%C3%9F-_arid,11119048.html

Musikveranstaltungen der extremen Rechten



In Bruchsal fand am 28. September ein Konzert/Liederabend der extremen Rechten statt. Auf der Veranstaltung traten laut

Bundestagsdrucksache die rechtsextremen Bands „Mjöllnir“ und „Renitenz“ auf.

-  DATEN 28.09.2019, Bruchsal
 -  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15318
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/153/1915318.pdf>
-

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten




In Ulm kam es am 28. September zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich religiöse Ideologie Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung § 224 StGB.

-  DATEN 28.09.2019, Ulm
 -  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>
-

Übergriffe auf Asylsuchende und Einrichtungen für Geflüchtete

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Aalen kam es am 30. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Asylbewerbern/Geflüchteten und zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksachen nennen im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

-  DATEN 30.09.2019, Aalen
 -  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15347
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/153/1915347.pdf>
 -  QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15647
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/156/1915647.pdf>
-

Neonazi-Konzert in Ellwangen verboten

Ein rechtsextremistisches Rockkonzert sollte am 12. Oktober auf einem Freizeitgelände bei Ellwangen stattfinden. Weil das bundesweit beworbene Konzert eindeutige Bezüge zur verbotenen Neonazi-Bewegung Blood & Honour aufgewiesen habe, haben Polizei und Stadtverwaltung Ellwangen die Veranstaltung verboten. Erste Hinweise auf das, beim Vermieter des Geländes lediglich als Geburtstagsparty angemeldete, Konzert habe der Verfassungsschutz gegeben, berichtet der Südwestrundfunk.

DATEN 13.10.2019, Ellwangen (Ostalbkreis),
Internetaufruf: 13.11.2019

QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/Ellwangen-Neonazi-Konzert-auf-Freizeitgelaende-bei-Ellwangen-verhindert,neonazi-konzert-verhindert-100.html>

Zugfahrgäste rassistisch beleidigt

Ein betrunkenen 62-jähriger Mann hat am 13. Oktober in einem ICE Fahrgäste mit einem augenscheinlichen Migrationshintergrund angepöbelt und rassistisch beleidigt. Als Polizeibeamte ihn am Mannheimer Hauptbahnhof aus dem Zug verwiesen, weigerte sich der ohne Fahrkarte reisende 62-Jährige auszusteigen. Die Beamten brachten den Mann daraufhin mit Gewalt aus dem Zug und wurden dabei selbst Ziel seiner Beleidigungen. Auf dem Bahnsteig musste der 62-Jährige wegen seiner anhaltenden Gegenwehr gefesselt werden. Bei einem anschließenden Alkoholtest wurde ein Wert von 2,3 Promille festgestellt.

Auf den Mann warten wegen des Vorfalls Anzeigen wegen Beamtenbeleidigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beförderungerschleichen. Die Polizei bat Fahrgäste, die im Zug von ihm beleidigt wurden, sich zu melden.

DATEN 14.10.2019, Mannheim, Internetaufruf: 13.11.2019

QUELLE Badisches Tagblatt
https://www.badisches-tagblatt.de/topthema_alles/00_20191014181400_137354819-Rassistische-Beleidigungen-im-Zug.html

Hakenkreuz auf Blitzgerät

Unbekannte haben im Oktober ein von der Stadtverwaltung im Oberkircher Ortsteil Stadelhofen aufgestelltes mobiles Blitzgerät mit einem Hakenkreuz und weiteren Schmierereien besprüht. Auch die Glasscheibe vor der Kamera wurde mit schwarzem Lack übersprüht.

DATEN 14.10.2019, Oberkirch (Ortenaukreis),
Internetaufruf: 08.11.2019

QUELLE Baden Online
<https://www.bo.de/lokales/achern-oberkirch/mobiles-blitzgeraet-mit-schwarzer-farbe-besprueht>

Hakenkreuzschmierereien in Neckarsulm und Oedheim

In der Nacht vom 12. zum 13. Oktober besprühten Unbekannte im Neckarsulmer Stadtteil Amorbach Garagen, Hauswände, Autos, einen Carport und einen Pavillon mit Hakenkreuzen und anderen Schmierereien.

Auch im benachbarten Oedheim wurden am 13. Oktober auf dem Gelände der PSG Schmierereien mit Hakenkreuzen entdeckt. Bänke, Bauwagen, Treppenstufen und ein Rasenmäher waren beschmiert. Es wurde vermutet, dass die Schmierereien von denselben Tätern wie in Amorbach stammen.

DATEN 14.10.2019, Neckarsulm und Oedheim (Landkreis Heilbronn),
Internetaufruf: 14.11.2019

QUELLE Heilbronner Stimme
<https://www.stimme.de/polizei/heilbronn/Hakenkreuz-und-andere-Schmierereien-gemeldet;art1491,4263764>

Fremdenfeindliche Schmierereien in Waiblingen

Auf einen Feldweg im Waiblinger Stadtteil Beinstein haben Unbekannte mit weißer Farbe ein Hakenkreuz sowie fremdenfeindliche Symbole und Schriftzüge gesprüht. Der Vorfall ereignete sich vermutlich in der Nacht vom 12. zum 13. Oktober.

DATEN 14.10.2019, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 14.11.2019

QUELLE Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.schmierereien-in-waiblingen-beinstein-hakenkreuz-und-fremdenfeindliche-ausserungen-am-feldweg.27e46cf1-a2d3-4beb-a73c-9bb608d19fdc.html>

Gullydeckel mit Hakenkreuz besprüht

In Urbach haben Unbekannte einen Gullydeckel mit einem Hakenkreuz besprüht. Der dabei entstandene Sachschaden wurde auf 200 Euro geschätzt, angezeigt wurde der Vorfall am 12. Oktober. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.



DATEN 15.10.2019, Urbach (Rems-Murr-Kreis),
Internetaufruf: 14.11.2019

QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/ostalbkreis/hakenkreuz-auf-gulli/1830555/>

„Leserbriefzeitung“ mit rechten Inhalten



Kurz nachdem sie einen Leserbrief zu einem politischen Thema an den Schwarzwälder Boten geschickt hatte, fand eine Frau aus Villingen-Schwenningen eine „Leserbriefzeitung“ nebst Überweisungsformular mit einer Spendenaufrorderung in ihrem Briefkasten. Woher die „Zeitung“ stammte, wurde nicht bekannt; der im Impressum angegebene Verantwortliche war eine fiktive Person. Zu lesen waren in der sogenannten „Leserbriefzeitung“ laut Polizei zwar „eindeutige rechtsideologische und fremdenfeindliche“ Inhalte, volksverhetzende Aussagen, die eine Strafverfolgung rechtfertigen, wurden aber nicht entdeckt. Das Druckwerk verwendet auch aus der „Reichsbürger“-Szene bekannte Elemente und nimmt Bezug auf Personen aus dem rechten Spektrum. Für Informationen zu einem patriotischen Stammtisch nennt die „Leserbriefzeitung“ die Telefonnummer eines Stadtrats der Doppelstadt, der ebenfalls dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet wird.

Bereits im März 2018 hatte ein Rentner aus Villingen-Schwenningen die Aufforderung: „Verteilen auch Sie Hunderte Handzettel in Briefkästen“, zusammen mit Vorlage und Kopieranleitung für ein Flugblatt mit einschlägig rechtsradikalen „Infos“, in seinem Briefkasten gefunden.

-  **DATEN** 16.10.2019, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 14.11.2019
-  **QUELLE** Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.villingen-schwenningen-leserbriefzeitung-weckt-interesse-des-staatsschutzes.0195bc94-22b5-4dd2-acfc-6ec66c5d6c0e.html>

„Reichsbürger“ festgenommen

Im Rahmen einer am 15. Oktober durchgeführten Großkontrolle im Gebiet des Polizeipräsidiums Aalen konnte die Polizei in Winnenden einen sogenannten „Reichsbürger“ festnehmen. Der 59-Jährige hatte Geldstrafen wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis nicht bezahlt, deshalb lag ein Haftbefehl gegen ihn vor. Die Beamten haben den sich zur „Reichsbürger“-Bewegung bekennenden Mann in ein Gefängnis eingeliefert, wo er voraussichtlich zehn Monate bleiben muss.

-  **DATEN** 16.10.2019, Winnenden (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 15.11.2019
-  **QUELLE** Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.bilanz-der-grosskontrolle-ander-b14-festnahmen-drogenfunde-reichsbuerger-in-haft.b64a7cad-6b93-4425-9fa7-2074039c9955.html>



Haftstrafe für ehemaligen „Germanitier“

Wegen gefährlicher Körperverletzung hat das Amtsgericht Schorndorf einen ehemaligen „Germanitier“ (eine der „Reichsbürger“-

Bewegung zuzuordnende Gruppierung) zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Bereits früher war der 50-jährige Mann wegen Körperverletzung, falscher Versicherung an Eides statt, Waffenbesitzes und Hausfriedensbruchs verurteilt worden. Angeklagt war er diesmal, weil er dem Bruder seines türkischen Nachbarn bei einem Streit im April 2017 ein Messer in den Bauch gestochen haben soll. Vor einem deshalb bereits 2017 anberaumten Prozess war der Angeklagte untergetaucht. Ende September 2019 konnte er in seiner Wohnung festgenommen werden, wo er sich ganze Zeit versteckt haben soll. „Ich hab mich still verhalten“, sagte der Mann dazu.

Vor einem anderen Prozess gegen ihn, im Jahr 2012, hatte sich der 50-Jährige auf dem Dachboden seines Hauses in der Altstadt versteckt und einen Großeinsatz der Polizei ausgelöst. Deshalb wurde er jetzt von Beamten der Stuttgarter Sicherheitsgruppe der Gerichte und Staatsanwaltschaften (SGS) zu der Verhandlung begleitet. Im Prozess stelle sich der Angeklagte als Opfer von Behördenwillkür dar. Die Stadtwerke hätten ihm, obwohl er alle offenen Rechnungen bezahlt habe, „willkürlich“ den Strom abgestellt und in der Haft bekomme er nicht die richtigen Medikamente für seine Krampfanfälle und chronischen Schmerzen. Die „Germanitier“ habe er bereits 2013 verlassen und er versuche, sich aus allem Ärger herauszuhalten, erklärte der 50-Jährige. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen der Messerattacke wies er mit den Worten zurück: „Diesen Vorfall gibt es nicht.“ Außerdem hätte er zum Tatzeitpunkt seinen Arm gar nicht bewegen können, da eine Sehne in seiner rechten Schulter gerissen gewesen sei. Die Aussage des als Zeuge anwesenden Opfers kommentierte er mit: „Die Gebrüder Grimm wären neidisch.“

-  **DATEN** 17.10.2019, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 15.11.2019
-  **QUELLE** Zeitungsverlag Waiblingen
<https://www.zvw.de/inhalt.schorndorf-ehemaliger-germanitier-zu-haftstrafe-verurteilt.ee459d4a-e2eb-4bfe-98d7-7ebec0941864.html>

Anzeige gegen „Reichsbürger“

Die Bürgermeisterin von Waldachtal informierte bei einer Sitzung des Ortschaftsrats im Teilort Salzstetten über eine Anzeige, die sie gegen einen sogenannten „Reichsbürger“ erstattet habe. Der Mann habe Aufkleber der „Reichsbürger“-Bewegung „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ auf das Ortsschild geklebt und die Ideologie der Bewegung auf Wurfzetteln mit dem Titel „Kriegsgefangenenpost“ in der Gemeinde verbreitet. Die Polizei habe die Vorfälle aber nicht weiter verfolgt, weil kein Schaden verursacht wurde.

Weil die Gefahr bestand, dass Autofahrer den Ortseingang durch das Bekleben des Ortsschildes nicht mehr als solchen erkennen konnten und ihre Geschwindigkeit nicht verringerten, wollte die

Bürgermeisterin den Mann auch noch wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr anzeigen.

DATEN 22.10.2019, Waldachtal (Landkreis Freudenstadt),
Internetaufruf: 15.11.2019

QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.waldachtal-buergermeisterin-zeigt-reichsbuerger-an.6233fd25-2223-4b7d-8520-e004c5be0e87.html>

Folgemeldung zu „Anzeige gegen ‚Reichsbürger‘“ vom 22.10.2019

Der Salzstettener Ortsvorsteher, der hauptberuflich als Polizeihauptkommissar tätig ist, empfahl der Bürgermeisterin eine Gefährderansprache der Polizei für den sogenannten „Reichsbürger“, der für die Aufkleber auf dem Ortsschild und die Wurfzettel verantwortlich war. Auch wenn keine konkrete Gefahr von ihm ausgehe, bestehe bei sogenannten „Reichsbürgern“ immer eine abstrakte Gefahr. Eine Wiederholungsstat halte er für wahrscheinlich, sagte der Ortsvorsteher.

In der Gefährderansprache solle dem Mann klargemacht werden, dass seine Aktionen von der Polizei als gefährdend eingeschätzt und nicht toleriert werden. Außerdem sollten ihm mögliche Konsequenzen im Wiederholungsfall aufgezeigt werden.

Ob die Bürgermeisterin bei der Polizei eine solche Gefährderansprache beantragen wollte, war dem Schwarzwälder Boten bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

DATEN 24.10.2019, Waldachtal (Landkreis Freudenstadt),
Internetaufruf: 10.12.2019

QUELLE Schwarzwälder Bote
<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.waldachtal-geht-von-reichsbuerger-gefahr-aus.6eaa4a4c-d342-4c6b-b5b6-2665ac8076a1.html>

Mitglied im Expertenrat des baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten soll sich rassistisch geäußert haben

Weil er in einem privaten Chat rassistische Äußerungen gemacht habe soll, lässt ein Mitglied des baden-württembergischen Expertenrates gegen Antisemitismus sein Amt ruhen. Der ehemalige Salafist und V-Mann des Verfassungsschutzes soll unter anderem einen Eritreer, der am Frankfurter Hauptbahnhof einen achtjährigen Jungen ins Gleis gestoßen hatte, einen „dreckigen Nigger“ genannt haben und in dem SWR vorliegenden Tonaufnahmen von „Drecksflüchtlings“ und „Halbaffen“ im Zusammenhang mit kriminell gewordenen Asylbewerbern gesprochen haben.

Der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte bestätigte das Ruhen der Mitgliedschaft des Mannes in seinem Expertengremium und sagte dazu: „Sollten sich die Vorwürfe be-

wahrheiten, ist eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr vorstellbar. Die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus sind miteinander verbunden.“

Der beschuldigte Mann selbst sagte zu den Vorwürfen gegenüber dem SWR, er könne sich an solche Äußerungen nicht erinnern und werde sich zu gegebenem Zeitpunkt ausführlicher dazu äußern.

DATEN 28.10.2019, Stuttgart, Internetaufruf: 01.04.2020

QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ex-salafist-irfan-peci-mitgliedschaft-expertenrat-antisemitismus-ruhen-100.html>

Nazi-Symbol in Ulmer Imagevideo

Ein Imagefilm, den die Stadt Ulm im Oktober auf ihrem Youtube Channel einstellte, hat für Diskussionen gesorgt. Eine Szene in dem Video zeigt einen Mann, auf dessen Hals eine sogenannte Schwarze Sonne tätowiert ist, die aussieht wie mehrere übereinander gelegte Hakenkreuze. Das Motiv ist nicht verboten, gilt aber in rechtsextremen Kreisen als Ersatz-Symbol für das verbotene Hakenkreuz.

Die Stadt Ulm wies Vorwürfe, mit Rechtsextremen zu sympathisieren, zurück. Dargestellt werde der Umdenkprozess eines Mannes mit rechtsradikalem Hintergrund, um zu zeigen, dass Einstellungen sich durch zwischenmenschliche Kontakte ändern könnten. Der Autor des Films sagte dem SWR, er habe mit Kritik wegen der bewusst gezeigten Szene gerechnet, allerdings nicht mit einer so erregten Diskussion. Er hielte aber den Titel „Vielfalt leben in Deiner Stadt“, unter dem das Video veröffentlicht wurde, für missverständlich. Er impliziere, dass alles was der Film zeigt, Teil dieser Vielfalt sei. Vielfalt und Rassismus schlossen sich aber aus. Der von ihm gewählte eigentliche Filmtitel sei: „Weil Menschlichkeit verbindet“

Der Ältestenrat der Stadt Ulm hatte zuerst eine Löschung der vorliegenden Fassung des Films in den Kommunikationskanälen und dessen Überarbeitung beschlossen, diese Entscheidung später aber revidiert.


DATEN 29.10.2019, Ulm, Internetaufruf: 10.12.2019


QUELLE Südwestrundfunk, SWR 3 aktuell
<https://www.swr3.de/aktuell/nachrichten/Ulm-Nazisymbol-in-Imagefilm-sorgt-fuer-heftige-Diskussion/-/id=47428/did=5262832/19pa2h0/index.html>

Hakenkreuze auf Weg gesprüht

Zwischen der Mittagszeit des 28. und der Mittagszeit des 29. Oktober haben Unbekannte mit schwarzer Farbe zwei Hakenkreuze und einen Penis auf einen landwirtschaftlichen Weg im

Burladinger Stadteil Gauselfingen gesprüht. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.


 DATEN 30.10.2019, Burladingen (Zollernalbkreis),
Internetaufruf: 11.12.2019


 QUELLE Südwestpresse
[https://www.swp.de/blaulicht/hechingen/
vandalismus-in-gauselfingen-unbekannte-spruehen-
penis-und-hakenkreuze-mit-schwarzer-farbe-auf-
fahrbahn-39965953.html](https://www.swp.de/blaulicht/hechingen/vandalismus-in-gauselfingen-unbekannte-spruehen-penis-und-hakenkreuze-mit-schwarzer-farbe-auf-fahrbahn-39965953.html)

.....

Hauswand mit Hakenkreuz beschmiert

Unbekannte Täter haben in Trossingen in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November zwei Wohnhäuser mit blauer Farbe beschmiert. Eine der Schmierereien war ein Hakenkreuz. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet und Zeugen gebeten, sich zu melden.


 DATEN 03.11.2019, Trossingen (Landkreis Tuttlingen), Internetaufruf: 06.12.2019


 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-tuttlingen/trossingen_artikel,-hakenkreuz-an-hauswand-_arid,11137092.html

Angriff gegen Kippaträger in Fitnessstudio

Wegen seines jüdischen Glaubens wurde ein junger Mann am 5. November in der Umkleidekabine eines Freiburger Fitnessstudios von einem anderen Besucher attackiert. Der Unbekannte habe ihn von hinten am Kopf gepackt, ihm seine Kippa heruntergerissen und diese dann bespuckt und in den Müll geworfen. Dabei habe er ihn einen „dreckigen Juden“ genannt, „Free Palestine“ gerufen und gedroht, ihn zu verprügeln, berichtete der angegriffene Mann der Badischen Zeitung. Erst als ein älterer Mann in den Umkleideraum kam und dazwischenging, habe der Unbekannte von ihm abgelassen und schnell die Kabine verlassen. Enttäuscht sei er von dem Verhalten der circa zehn bei dem Vorfall anwesenden anderen Besucher des Sportstudios, die den Übergriff beobachtet, aber nicht reagiert hatten. „Hätte einer irgendetwas gesagt, wäre ich nicht so alleine gewesen“, sagte er dazu.

Die Polizei bestätigte den Angriff gegenüber der Badischen Zeitung und hat Ermittlungen eingeleitet. Das Fitnessstudio hat den Vorfall nicht kommentiert.


 DATEN 06.11.2019, Freiburg, Internetaufruf: 15.11.2019


 QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/kippatraeger-in-freiburger-fitnessstudio-attackiert>

Folgemeldung zu „Angriff gegen Kippaträger in Fitnessstudio“ vom 06.11.2019

Nach dem Übergriff in einem Freiburger Fitnessstudio, bei dem ein 19-Jähriger antisemitisch beleidigt und ihm seine Kippa vom Kopf gerissen worden war, konnte die Polizei den mutmaßlichen Täter ermitteln. Der 23-jährige Deutsche ist wegen mehrerer Vorfälle von Körperverletzungen bereits polizeibekannt. Hinweise des Betroffenen und anwesender Zeugen sowie Informationen

aus der Datenbank des Fitnessstudios deuteten auf den Mann hin. Über weitere Schritte muss jetzt die Staatsanwaltschaft entscheiden, der die Akten nach Abschluss der Ermittlungen übergeben werden.


 DATEN 29.11.2019, Freiburg, Internetaufruf: 02.12.2019


 QUELLE Stuttgarter Zeitung
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt-offenbar-antisemitischer-angriff-in-freiburg-kippa-vom-kopf-gerissen-polizei-ermittelt-verdaechtigen.76ecbefd-8938-4d59-888d-259dd7e5ecba.html>

Antisemitische Aussage und Hakenkreuze in Auto gekratzt

In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober haben Unbekannte in die Heckklappe eines auf einem Parkplatz in Freiburg abgestellten Autos „Fuck Jews“ eingeritzt. Außerdem waren in die Kühlerhaube und die Beifahrertür Hakenkreuze gekratzt und ein Reifen aufgestochen worden.

Warum das Auto von den Tätern ausgewählt wurde, blieb unklar. Die Eigentümerin ist weder jüdischen Glaubens noch politisch aktiv. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

 DATEN 06.11.2019, Freiburg, Internetaufruf: 15.11.2019



 QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/kippatraeger-in-freiburger-fitnessstudio-attackiert>

„Reichsbürger“ erscheint nicht zu Prozess

Wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sollte sich ein sogenannter „Reichsbürger“ aus Albertshausen am 6. November vor dem Göppinger Amtsgericht verantworten. Weil der Angeklagte, der sich selbst als „Konsul von Terrania“ bezeichnet, nicht zur Verhandlung erschienen war, hat die Richterin seine Vorführung angeordnet. Die Polizei traf den Mann aber auch in seiner Wohnung in einer Obdachlosenunterkunft nicht an. Er sei zuvor mit dem Auto weggefahren, berichtet die Südwestpresse.



Bereits in der Vergangenheit war der Angeklagte durch seine Ablehnung der Bundesrepublik und ihrer Gesetze aufgefallen. Unter anderem verrichtete er auf der Rückbank eines Streifenwagens seine Notdurft, als er 2016 wegen eines nicht bezahlten Bußgelds von der Polizei abgeholt wurde. Anschließend ritzte er Hakenkreuze und SS-Runen in die Wand seiner Gewahrsamszelle. 2017 benötigte ein Gerichtsvollzieher die Begleitung der Polizei und vermummter Kräfte eines Spezialeinsatzkommandos, um das Wohnhaus des Mannes und seiner Lebensgefährtin zu räumen, weil dieser seine Miete nicht bezahlt hatte. 2018 wurde er wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und anderer Delikte schon einmal zu zehn Monaten Haft auf Bewährung

verurteilt. Auch damals war er zu Gerichtsterminen nicht erschienen.

 DATEN 06.11.2019, Göppingen, Internetaufruf: 11.12.2019
 QUELLE Südwestpresse
https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-goeppingen/_konsul-von-terrania_-angeklagt-reichsbuerger-aus-albershausen-drueckt-sich-vor-prozess-in-goeppingen-40284711.html

Hakenkreuz an Bushaltestelle



In Weingarten haben Unbekannte ein Hakenkreuz und die Zahlenfolge „1488“ an eine Bushaltestelle geschmiert. Wann genau die vermutlich mit einem Feuerzeug gemachten Schmierereien stattfanden, war nicht bekannt. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

 DATEN 06.11.2019, Weingarten (Landkreis Ravensburg), Internetaufruf: 06.12.2019
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/weingarten_artikel,-unbekannter-beschmiert-haltestelle-mit-hakenkreuz-_arid,11138894.html

Aktion gegen Hasskommentare im Internet

In Baden-Württemberg und acht weiteren Bundesländern ging die Polizei an ihrem fünften bundesweiten Aktionstag am 5. November gegen Hasspostings im Netz vor. Das Bundeskriminalamt teilte mit, dass in 21 Fällen unter anderem Wohnungsdurchsuchungen oder Vernehmungen stattfanden. Neben Baden-Württemberg beteiligten sich die Länder Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und das Saarland an der Aktion.



Insgesamt sind laut Bundeskriminalamt die erfassten Fälle von Hasskriminalität im Internet im Jahr 2018 mit 1.962 Vorfällen zwar im Vergleich zum Jahr 2017 (2.458 Vorfälle) zurückgegangen, viele strafrechtlich relevante Posts würden aber in geschlossenen Foren und Diskussionsgruppen geäußert und werden den Sicherheitsbehörden deshalb gar nicht bekannt. Einen Grund zur Entwarnung gebe es daher laut der Behörde nicht. Bei 80 Prozent der Hasspostings handle es sich um Volksverhetzung, bei den restlichen gehe es um Beleidigungen, Nötigungen und Bedrohungen.

 DATEN 06.11.2019, Baden-Württemberg, Internetaufruf: 11.12.2019
 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Wohnungsdurchsuchungen-und-Vernehmungen-Ermittlungen-zu-Hass-im-Netz-in-neun-Bundeslaendern-_arid,1362043.html

Nazi-Schmierereien auf Auto

Unbekannte Sprayer haben am 6. November in der Ludwigsburger Weststadt ein Auto mit zwei Hakenkreuzen und anderen faschistischen Symbolen beschmiert. Das nicht zugelassene Fahrzeug war auf dem Hof einer Autowerkstatt abgestellt, die Schmierereien fanden zwischen 17.15 Uhr und 20.45 Uhr statt. Der entstandene Schaden wurde auf 600 Euro geschätzt.



Die Ermittlungen hat die Abteilung Staatsschutz bei der Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Ludwigsburg übernommen. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

 DATEN 07.11.2019, Ludwigsburg, Internetaufruf: 11.12.2019
 QUELLE Stuttgarter Nachrichten
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.sprayer-in-ludwigsburg-auto-mit-hakenkreuzen-beschmiert.50e27c0d-20e2-4537-922f-129fc9c58924.html>

Strafe für Anschreiben mit „Reichsbürger“-Theorien

Das Amtsgericht in Ehingen hat eine 54-jährige Frau zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen verurteilt, weil sie mehrere Briefe an einen Gerichtsvollzieher und Ämter unterschrieben hat, die als Versuch einer Erpressung gewertet wurden. In den Schreiben, die auch immer wieder die Legitimität der Behörden anzweifelten, ging es um die Verweigerung der Bezahlung der Rundfunkgebühr.


Vor Gericht gab die Angeklagte an, die Briefe nur gutgläubig unterschrieben zu haben, verfasst worden seien sie von ihrem Ehemann. Dieser war bei der Verhandlung als Zeuge geladen und gab an, die Inhalte aus dem Internet übernommen zu haben. Dort habe er die in der „Reichsbürger“-Bewegung verbreiteten Theorien gefunden, er selbst erkenne aber die Bundesrepublik an und gehöre der Bewegung nicht an, sagte er. In einem der Schreiben hatte er dem Gerichtsvollzieher gedroht, wenn er angeforderte Belege, wie Gründungsurkunden des Staates und des Bundeslandes, nicht innerhalb von 72 Stunden vorlege, solle dieser seiner Frau 500.000 Euro zahlen, das Amtsgericht sogar fünf Millionen Euro. Außerdem drohte er dem Gerichtsvollzieher damit, ihn in ein internationales Schuldenregister einzutragen. Dies wertete das Amtsgericht als Versuch einer Erpressung, den die Ehefrau aufgrund ihrer Unterschrift zu verantworten habe.


 DATEN 13.11.2019, Ehingen (Alb-Donau-Kreis), Internetaufruf: 06.12.2019
 QUELLE Schwäbische Zeitung
https://www.schwaebische.de/landkreis/alb-donau-kreis/ehingen_artikel,-ehemann-holt-sich-rechtshilfe-bei-den-reichsb%C3%BCrgern-und-bringt-damit-seine-frau-vor-gericht-_arid,11142497.html


Schwarzfahrer zeigen Bundespolizei den Hitlergruß und rufen Naziparolen


Ein 33-jähriger Mann beleidigte und nötigte das Zugpersonal, als er und seine 25 Jahre alte Begleiterin ohne Fahrkarten in einem Zug nach Karlsruhe angetroffen wurden. Bei einem anschließenden Halt an einem Bahnhof versteckten sich die beiden außerhalb des Zuges vor den deshalb verständigten Beamten der Bundespolizei, stiegen dann aber wieder in den abfahrenden Zug ein. Bei ihrer Ankunft am Karlsruher Hauptbahnhof wurde das angetrunkene Paar von weiteren Bundespolizisten erwartet, die beide zur Polizeiwache mitnahmen. Dort zeigten sie den Hitlergruß, brüllten Naziparolen, schrien und randalierten, wobei auch ein Spiegel zu Bruch ging, teilte die Polizei am 13. November weiter mit.

Weil der Mann immer wieder versucht hatte, sich selbst zu verletzen, wurde er von einem Polizeiarzt in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen. Ein Grund für das Verhalten des Paares war laut Polizeiangeben nicht bekannt. Da beide den Beamten als drogensüchtig bekannt sind, wurde aber ein Zusammenhang mit der Suchterkrankung vermutet.

 DATEN 13.11.2019, Karlsruhe,
Internetaufruf: 11.12.2019

 QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Schwarzfahrer-Paar-randaliiert-bei-Karlsruher-Bundespolizei-436374.html>


 DATEN 29.11.2019, Mannheim, Internetaufruf: 14.01.2020

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/mannheim/polizeibericht-mannheim_artikel,-mannheim-schule-mit-hakenkreuzen-beschmiert-_arid,483002.html

Hakenkreuze auf Bahnhofstoilette

In Ellwangen wurde die Herrentoilette des Bahnhofs am 24. November von Unbekannten mit Hakenkreuzen beschmiert. Der Sachschaden betrug mehrere hundert Euro. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

 DATEN 26.11.2019, Ellwangen (Ostalbkreis),
Internetaufruf: 14.01.2020


 QUELLE Schwäbische Post
<https://www.schwaebische-post.de/ellwangen/hakenkreuze-gesprueht/1844098/>


Nazi-Schmierereien an Mannheimer Schule

Unbekannte Täter haben zwischen der Mittagszeit des 27. und dem Vormittag des 28. November rechtsradikale Symbole und Parolen an eine Schule in der Mannheimer Neckarstadt geschmiert. An der Fassade und auf einem Fußgängersteg zu einem benachbarten Wohngebäude wurden Hakenkreuze und politische Parolen gefunden, nachdem ein Zeuge die Polizei zuvor von einem mit Kreide auf die Tafel in einem Unterrichtsraum aufgemalten Hakenkreuz unterrichtet hatte.

Nazi-Banner über Bundesstraße


An eine Brücke über eine Bundesstraße in Bad Mergentheim haben Unbekannte am 3. Dezember ein zwei mal zwei Meter großes Banner mit einem Hakenkreuz und SS-Runen gehängt. Die deshalb von mehreren Autofahrern verständigte Polizei stellte das besprühte Banner sicher.


 DATEN 03.12.2019, Bad Mergentheim (Main-Tauber-Kreis), Internetaufruf: 14.01.2020


 QUELLE Schwäbisches Tagblatt
<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Banner-mit-Nazisymbolen-ueber-Bundesstrasse-gespannt-438915.html>


Grabschändungen in Westhofen

In der Nacht vom 2. zum 3. Dezember haben Unbekannte 107 Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Westhofen mit Hakenkreuzen beschmiert. Unter den Schmierereien wurde auch die Zahl „14“ gefunden, die unter deutschen Neonazis für „Auf Deutschland“ steht, unter englischsprachigen Rechtsextremen steht sie für die 14 Wörter in dem Slogan „We must secure the existence of our people and a future for white children“. Die Grabschändung war der fünfunddreißigste antisemitische Vorfall im Elsass im Jahr 2019. Die Behörden vermuteten einen Zusammenhang mit Schmierereien am Rathaus und der Synagoge von Schaffhouse-sur-Zorn, die ebenfalls am Vormittag des 3. Dezember entdeckt wurden. „In der Region muss ein Nest von nostalgischen Vertretern des Dritten Reichs aktiv sein“, sagte der Bürgermeister von Westhofen zu den Ereignissen. Der Oberrabbiner von Straßburg sprach von einem Wiederaufleben, das viele Fragen aufwerfe und einen Schlag gegen „das friedliche Zusammenleben zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften der Region“ darstelle.

 DATEN 03.12.2019, Westhofen und Schaffhouse-sur-Zorn (Bas-Rhin), Internetaufruf: 21.01.2020

 QUELLE Badische Zeitung
<https://www.badische-zeitung.de/unbekannte-schaenden-mehr-als-100-juedische-graeber-im-elsass>


 DATEN 23.12.2019, Westhofen (Bas-Rhin), Internetaufruf: 21.01.2020


 QUELLE Le Monde
https://www.lemonde.fr/societe/article/2019/12/23/en-alsace-les-actes-antisemites-interrogent-l-histoire-de-la-region_6023822_3224.html

Rechtsextremismus-Verdacht beim Calwer KSK

Drei Angehörige des Calwer Kommando Spezialkräfte (KSK) standen im Dezember wegen rechtsextremistischer Umtriebe unter Verdacht. Gegen einen Unteroffizier mit Feldwebellaufbahn begannen bereits mehrere Monate zuvor nachrichtendienstliche Ermittlungen. Es wurden Schritte eingeleitet, um den Mann aus dem Dienst zu entfernen. Gegen zwei Stabs-offiziere wurden Ermittlungen eingeleitet, weil sie auf einer privaten Feier des Unteroffiziers den Hitlergruß gezeigt haben sollen. Einem von ihnen wurde der Dienst untersagt, der andere wurde vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) als Verdachtsfall geführt.

Von den zum Zeitpunkt des Zeitungsberichts laufenden 500 Prüfverfahren gegen Bundeswehr-Angehörige betrafen 40 Fälle das KSK. Mit ihren nur etwas über tausend Angehörigen ist die Spezialeinheit damit überproportional häufig Gegenstand solcher Verfahren.


 DATEN 04.12.2019, Calw, Internetaufruf: 14.01.2020

 QUELLE Esslinger Zeitung
https://www.esslinger-zeitung.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-rechtsradikaler-soldat-vor-aus-_arid,2297466.html

Nazi-Schmierereien bei Jüdischem Friedhof in Heidelberg

Auf dem Bergfriedhof in der Heidelberger Weststadt haben Unbekannte Hinweisschilder zu den Gräbern im jüdischen Teil des Friedhofs mit Hakenkreuzen und einem durchgestrichenen Davidstern beschmiert. Entdeckt wurden die antisemitischen Schmierereien am 8. Dezember. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise zu verdächtigen Personen oder Fahrzeugen.



 DATEN 09.12.2019, Heidelberg, Internetaufruf: 14.01.2020

 QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung
https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-heidelberg-nazi-symbole-beim-juedischen-friedhof-entdeckt-_arid,485060.html

Theaterstücke sensibilisieren für Extremismus


Schülerinnen und Schüler der Mittel- und Oberstufe an der Fünf-Täler-Schule im Bad Wildbader Ortsteil Calmbach erhielten im November und Dezember die Möglichkeit, zwei Theatervorstellungen zu besuchen, die sich mit den Themen Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus auseinandersetzten und Prävention und Sensibilisierung für die Jugendlichen zum Ziel hatten. Aufgeführt wurden die Theaterstücke in Bad Wildbad vom Regionentheater Simmersfeld. Nach den Vorführungen fand jeweils ein Workshop statt, in dem die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Gedanken zur im Stück gezeigten Problematik

einbringen und sich mit den gezeigten Formen von Extremismus auseinandersetzen konnten.

 DATEN 13.12.2019, Bad Wildbad, Internetaufruf: 01.04.2020
 QUELLE Pforzheimer Zeitung
https://www.pz-news.de/region_artikel,-Vom-Teenie-zum-Terrorist-Theaterstueck-in-Bad-Wildbad-soll-Schueler-fuer-Extremismus-sensibilisieren-_arid,1382218.html

„Hüter des Gedenkens“ kontrollieren jüdische Friedhöfe

Als Reaktion auf die Zunahme der Anschläge auf jüdische Friedhöfe im Elsass hat der Regionalrat im Oktober 2019 ein Netzwerk eingerichtet, in dem ehrenamtliche „Hüter des Gedenkens“ die jüdischen Friedhöfe in der Region patrouillieren. Wie oft die Freiwilligen die Friedhöfe besuchen, entscheiden sie selbst. Bei Vorfällen eingreifen sollen sie nicht, aber die Behörden über solche Vorkommnisse informieren.



 DATEN 17.12.2019, Region Elsass, Internetaufruf: 27.01.2020
 QUELLE France 24
<https://www.france24.com/en/20191217-guardians-of-memory-keep-watch-over-france-s-jewish-cemeteries?fbclid=IwAR2wE87QvYD6GIawIFbyzVFq2SDPVwWDQUmdujNNE7Gpy95u-qogNQD5804>

Neu eingerichtete Meldestelle für Antisemitismus verzeichnet bereits im ersten Monat 13 Vorfälle



Bei der vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg am 19. November neu eingerichteten Online-Meldestelle¹² für antisemitische Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen sind bereits im ersten Monat Informationen über 13 relevante antisemitische Vorfälle eingegangen. Von den gemeldeten Fällen fanden zehn im Internet statt und drei in der Öffentlichkeit.

Die Internetseite wird vom Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus gefördert und vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg angeboten.



 DATEN 19.12.2019, Sersheim, Internetaufruf: 01.04.2020
 QUELLE Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/meldestelle-antisemitismus-bilanz-100.html>

Theaterprojekt gegen Extremismus und Radikalisierung



Das Referat Prävention der Tauberbischofsheimer Außenstelle des Polizeipräsidiums Heilbronn hat das landesweite Präventionsprojekt „Achtung?!“ an die Bad Mergentheimer Realschule St. Bern-

hard und das Gymnasium Weikersheim geholt. Im Zentrum des gegen Extremismus und Radikalisierung in jeder Form gerichteten Projekts steht ein interaktives Bühnenstück des Theaters „Q-rage“, das exemplarisch Radikalisierungsverläufe aufzeigt. In einer Nachbereitung der Vorführung mit dem „Team meX“ von der Landeszentrale für politische Bildung konnten die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler sich mit möglichen Ursachen für den Einstieg in den Rechtsextremismus oder religiös begründeten Extremismus auseinandersetzen und Anwerbepraktiken radikaler Organisationen kennenlernen.

 DATEN 23.12.2019, Bad Mergentheim, Weikersheim, Internetaufruf: 01.04.2020
 QUELLE Fränkische Nachrichten
https://www.fnweb.de/fraenkische-nachrichten_artikel,-bad-mergentheim-projekt-gegen-extremismus-und-radikalisierung-_arid,1576094.html

12 demokratiezentrum-bw.de/meldestelle-antisemitismus/antisemitische-vorfaelle/